

# WIRTSCHAFTS- DEMOKRATIE

**Arbeitspapier**

**mit allen Anträgen aus Frist 1**

Zusammenstellung aller bis zum 20.10.16  
eingereichten Anträge inkl. Stellungnahmen  
der Geschäftsleitung vom 28.10.16



## **Kommentar zum vorliegenden Arbeitspapier**

Am 11. August 2016 haben die Sektionen der SP Schweiz die Einladung zum Zukunftsparteitag vom 3./4. Dezember in Thun erhalten, darunter auch das Positionspapier SP Schweiz „Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen“.

Bis zur Antragsfrist vom 20. Oktober trafen insgesamt 57 Anträge von Sektionen, Kantonalparteien und Fraktionsmitgliedern ein. Wir danken hiermit allen ganz herzlich für ihr Engagement in dieser Sache.

Im vorliegenden Arbeitspapier sind alle eingegangenen Anträge zusammengestellt. Die Entscheide der Geschäftsleitung vom 28. Oktober 2016 sind grau hinterlegt.

Auf Grundlage aller Anträge und der Entscheid der Geschäftsleitung wurde eine überarbeitete Fassung erstellt (Wirtschaftsdemokratie / Überarbeitete Fassung vom 28.10.2016), welche die Basis für die Antragsfrist 2, die bis zum 18. November 2016 dauert, bildet.

Alle **angenommenen und modifiziert angenommenen Anträge** wurden in der überarbeiteten Fassung bereits eingearbeitet. Änderungen sind daran zu erkennen, dass sie *kursiv und unterstrichen* sind.

Alle von der GL **abgelehnten Anträge**, an welchen festgehalten wird, müssen von Parteitagsdelegierten erneut eingereicht werden. Ansonsten werden diese nicht mehr behandelt.

Das **weitere Vorgehen** sieht wie folgt aus:

18. November 2016	Antragsfrist 2
25. November 2016	Sitzung der Geschäftsleitung
29. November 2016	Aufschalten der Schlussdokumente
3./4. Dezember 2016	Parteitag in Thun

## Positionspapier der SP Schweiz

### **A-1; Pascale Bruderer (Nussbaumen): Rückweisung des Papiers an Parteileitung**

*Unterstützt von: Regine Aeppli (Zürich), Evi Allemann (Bern), Christoph Ammann (Meiringen), Hartmuth Attenhofer (Zürich), Yves Noël Balmer (Herisau), Yvonne Beutler (Winterthur), Simona Brizzi (Ennetbaden), Renate Büchi (Richterswil), Regula Dell'Anno (Baden), Max Eugster (Herisau), Yvonne Feri (Wettingen), Thomas Forster (Herisau), Claude Janiak (Binningen), Daniel Jositsch (Stäfa), Erwin Jutzet (Fribourg), Jürg Knuchel (Aarau), Beat Landolt (Gais), Matthias Manz (Aarau), Daniel Mosimann (Lenzburg), Reto Müller (Langenthal), Regula Nebiker Toebak (Liestal), Andreas Rickenbacher (Jens), Katrin Scholl (Lenzburg), Moritz Spillmann (Ottenbach), Martin Waser (Zürich).*

*Forderung: Das Positionspapier wird an die Parteileitung zurückgewiesen mit dem Auftrag, es so zu überarbeiten, dass es mit dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft übereinstimmt sowie die Chancen und Herausforderungen der digitalen Gesellschaft aufzeigt.*

*Begründung: Die SP ist eine Partei, in welcher vielfältige Meinungen Platz haben und im offenen Dialog ausgetauscht werden. Wir erachten diese Breite, die sich auch in unserer Wählerschaft widerspiegelt, als Stärke unserer Partei. Es lohnt sich, diese Vielfalt nach innen zu leben und nach aussen sichtbar zu machen.*

- *Ein Teil der SP-Parteimitglieder, zu dem wir uns zählen, befürwortet aus Überzeugung das Konzept der **sozialen Marktwirtschaft**. Wir engagieren uns für eine nachhaltig starke Wirtschaft und verstehen diese als Basis sicherer Arbeitsplätze und sozialer Wohlfahrt. Den Markt sehen wir als wirksames Instrument für eine effiziente und innovative Wirtschaftsordnung. Die wettbewerbliche Ausrichtung der Wirtschaft ist in der Regel besser in der Lage als die staatliche Planung, Antworten auf Bedürfnisse der Menschen zu finden sowie Kreativität und Innovation zu fördern. Eine Ausnahme bildet die Grundversorgung der Bevölkerung mit Infrastrukturen: Hier haben sich staatliche Monopole als leistungsfähig und zweckmässig erwiesen. Bei Marktversagen muss die Politik eingreifen. Für Interessen und Anliegen, die der Markt nicht zu schützen vermag, braucht es staatliche Vorgaben und Regeln (z.B. zugunsten der Umwelt, Medienvielfalt, Konsumentinnen und Konsumenten, Arbeitnehmenden, künftigen Generationen).*

*Dass die Wirtschaft eine gesellschaftliche und der Nachhaltigkeit verpflichtete Verantwortung wahrzunehmen hat, wird im Konzept der sozialen Marktwirtschaft abgebildet. Wir erachten es als Aufgabe der SP, auf Basis dieses Konzepts soziale, ökologische und menschenrechtliche Akzente zu setzen und diesen zum Durchbruch zu verhelfen. Das von der Parteileitung unterbreitete wirtschaftspolitische Positionspapier, welches die Idee einer Wirtschaftsdemokratie propagiert, ist demgegenüber von einem dirigistischen Konzept geprägt, wie es namentlich in den Punkten 6, 11 – 13 und 16 entwickelt wird. Dieses Konzept ist so weit entfernt von der wirtschaftlichen Realität, dass es nicht in der Lage ist, den Wählerinnen und Wählern relevante Antworten auf fragwürdige Entwicklungen anzubieten. Eine wie auch immer geartete Förderung einer "solidarischen Wirtschaft" betrifft die fünf Millionen Erwerbstätigen in der hoch entwickelten, globalisierten Wirtschaft der Schweiz heute und morgen und übermorgen nur marginal. Dass man sich der Pensionskassengelder bedienen und damit die Renten der Arbeitnehmenden aufs Spiel setzen will, um die Vorstellung einer gelenkten Wirtschaft umsetzen zu können, kann man nicht anders als fatal bezeichnen. Das dem Parteitag*

*vorgelegte Papier entfernt sich unseres Erachtens zu weit weg von der Idee einer sozialen Marktwirtschaft und damit von unseren Überzeugungen.*

- *Ein Positionspapier zur Wirtschaftspolitik der Zukunft muss sich ausführlicher mit den **Chancen und Herausforderungen der digitalen Gesellschaft** auseinandersetzen. Davon, dass die Digitalisierung zu einer grundlegenden Veränderung des Arbeitsmarkts im Allgemeinen sowie der individuellen Beschäftigungssituationen im Speziellen führen wird, ist im Positionspapier enttäuschend wenig zu lesen. Ein sozialdemokratisches Zukunftspapier darf solch fundamentale Entwicklungen und deren konkrete Auswirkungen auf die soziale Sicherheit der Menschen nicht ausblenden. Ansonsten werden wir den historischen Errungenschaften von SP und Gewerkschaften nicht gerecht, die im Papier zu Recht gewürdigt werden.*

*Die Rückweisung ermöglicht eine Überarbeitung des Positionspapiers, damit dieses mit dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft in Übereinstimmung gebracht wird sowie die Chancen und Herausforderungen der digitalen Gesellschaft aus sozialdemokratischer Sicht aufzuzeigen vermag.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Das Positionspapier ist eine Fortführung und teilweise Weiterentwicklung des mit dem aktuellen SP-Parteiprogramm vorgegebenen Weges. Gemäss unserem Parteiprogramm, das für uns eine Art Verfassung darstellt, setzt sich die SP für eine „sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie“ ein, nicht für das Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“. Dies ändert freilich nichts daran, dass die SP eine vielfältige Partei ist und sein soll. Die Stossrichtung des Positionspapiers hat jedoch nichts mit einer etatistisch-autoritären Wirtschaftspolitik zu tun, von der man sich historisch mit dem Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“ abgrenzen wollte. Im Gegenteil kommt im Papier der unternehmerischen Initiative von unten, der individuellen Verantwortung oder dem sinnvollen Zusammenspiel von „Staat“ und „Markt“ eine wesentliche Bedeutung zu. Ein dirigistischer Ansatz wird nicht erkannt. Allerdings nimmt das Papier ganz klar und bewusst Abstand von der dominierenden Art und Weise, wie heute gewirtschaftet wird. Und dies aus guten Gründen. Die heutige Wirtschaft ist weder demokratisch, noch ökologisch, noch solidarisch. Nicht in Bezug auf die Schweiz, noch viel weniger in einem globalen Kontext. Das Papier zeigt einige (nicht alle!) Möglichkeiten auf, diese Situation zu verändern. Und es tut dies durchaus im Bewusstsein, dass die aus Gerechtigkeits-, Solidaritäts- und Nachhaltigkeitsgründen angezeigten Veränderungen nicht alle einfach im Wohlfühlmodus (Win-Win-Lösungen) erreicht werden können. Gleichzeitig werden aber auch konkrete Möglichkeiten für VertreterInnen kommunaler und kantonaler Exekutiven aufgezeigt, in ihrem politischen Einflussbereich zivilgesellschaftliche resp. unternehmerische Initiativen zu unterstützen und damit einen praktischen Beitrag an den Einsatz der Partei für eine „sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie“ zu leisten.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt resp. der Wirtschaft ist tatsächlich eine äusserst relevante Entwicklung. Im Papier wird in der Einleitung kurz darauf eingegangen, zudem wird der Antrag A-37 der SP Bern Holligen zum Thema digitale Commons angenommen. Hinzu kommt, dass die SP Ende 2015 ein Internetpapier verabschiedet hat, das auch wirtschaftspolitische Fragen aufnimmt. Zudem ist ein Update des umfassenden SP-Wirtschaftskonzepts geplant, in dem die Digitalisierung auf jeden Fall ausführlicher behandelt werden wird. Noch wichtiger ist aber, dass die Forderungen des vorliegenden Positionspapiers, auch wenn die

Digitalisierung als solche dabei nicht im Vordergrund steht, für eine digitale Wirtschaft im sozialdemokratischen Sinne von zentraler Bedeutung sind. Eine demokratische Wirtschaft, in denen die Politik Rahmenbedingungen im Sinne des Gemeinwohls setzt und die Mitarbeitenden in den Unternehmen mitbestimmen, ist die Voraussetzung dafür, dass die Digitalisierung wirklich zu einer Chance für die Menschheit wird.

**A-2; SP Bern Altstadt-Kirchenfeld: Ergänzungs-Antrag**

*Dem Papier wird ein kurzes Vorwort vorangestellt, welches insbesondere auf die wirtschaftspolitischen Grundsätze der Partei verweist und die beiden Stossrichtungen des Papiers (Klassische Zählungspolitik im Grossen und Förderung der ‚realen Utopien‘ im Kleinen, analog des letzten Abschnittes im vorliegenden Entwurf) ankündigt.*

**Begründung:** *Die einleitenden Worte von Christian Levrat sind klar an den Parteitag gerichtet und als Vorwort zum Positionspapier ungeeignet. Dem aktuellen Kapitel „Ausgangslage und Einleitung“ fehlt aber die Einbettung in die allgemeine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, insbesondere fehlt jeglicher Hinweis darauf, wie unsere Steuerpolitik eine Antwort auf Ungleichverteilung des Kapitals ist. Auch ist der Abschnitt „die Probleme an der Wurzel packen“ eher etwas lang und unübersichtlich – ein Vorwort, welches die beiden grundsätzlichen Stossrichtungen dieses Papiers erwähnt, gäbe der Leserin und dem Leser eine bessere Orientierung.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Modifizierte Annahme

**Begründung:** Adressat des Positionspapiers ist in einem ersten Schritt der Parteitag. Die Einleitung des Papiers durch Christian Levrat ist darauf ausgerichtet und sie erfüllt die mit dem Antrag gewünschte Einbettung des Papiers in den grösseren Rahmen der SP-Wirtschaftspolitik. Auch das bestehende Kapitel „Ausgangslage und Einleitung“ macht die verschiedenen Stossrichtungen zum Thema. Eine weitere Einleitung zum jetzigen Zeitpunkt erscheint deshalb nicht zweckdienlich, sie führt eher zu Unklarheit. Allerdings soll nach dem Parteitag für die finale Fassung des Papiers, die dann auch auf der Website usw. veröffentlicht wird, die Einleitung von Christian Levrat im Sinne der im Antrag gewünschten Ergänzung angepasst werden.

**A-3; Juso: Ersatz von folgenden Begriffen im gesamten Papier:**

*Arbeitsnehmende ersetzen durch „ArbeiterInnen“ und Umverteilung ersetzen durch „Rückverteilung“*

**Begründung:** *Unsere Sprache prägt und verändert das gesellschaftliche Bewusstsein, weshalb aus sozialdemokratischer Perspektive eine gendergerechte Kommunikation wichtiger Teil einer fortschrittlichen Politik ist. Dasselbe gilt für ökonomische Zusammenhänge: Wir müssen unsere eigene Sprache zurückerobern, statt bürgerliche Begriffe unhinterfragt zu reproduzieren. Erst dann schaffen wir es, die heutige Diskurslogik zu durchbrechen.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Modifizierte Annahme

**Begründung:**

Umverteilung wird durch Rückverteilung ersetzt.

Arbeitnehmende wird abwechselnd durch ArbeiterInnen und Mitarbeitende ersetzt. Ebenfalls verwendet wird der Begriff der Lohnabhängigen. Lange nicht alle, die wir mit diesem Papier erreichen wollen, sehen sich selbst als klassische ArbeiterIn. Gerade weil Sprache wichtig ist, braucht es Begrifflichkeiten, die der breiten Zielgruppe gerecht werden.

Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen.

**A-4; SP Kőniz: Änderung des Titels**

*Modifiziert: Eine Zukunft für alle statt für wenige – Bausteine auf dem Weg zu einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft zum Durchbruch bringen*

*Begründung: Das Positionspapier hat nicht den Anspruch, die gesamte Wirtschaftspolitik der SPS darzustellen. Vielmehr soll der Akzent erklärermassen auf eher vernachlässigte Bereiche gelegt werden. Ebenfalls wird auf die internationale Einordnung verzichtet. Diese Einschränkungen sind für uns wenig verständlich, entsprechen sie doch weder der heutigen Programmatik der SP-Wirtschaftspolitik als Ganzes noch der konkreten SP-Politik. Diese Einschränkungen sind im Papier deshalb klar zum Ausdruck zu bringen. Andernfalls entsteht der falsche Eindruck, das Papier stelle die Essenz der SP-Wirtschaftspolitik dar.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Tatsächlich hat das Papier nicht den Anspruch, die gesamte Wirtschaftspolitik der SPS abzudecken. Nichtsdestotrotz zielen die Massnahmen, nicht Bausteine, darauf ab, eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch zu bringen. Diese Zuspitzung ist im Titel durchaus auch gewollt und angebracht.

## **I. Ausgangslage und Einleitung**

### **Dem entfesselten Kapitalismus entgegenwirken – Sozialdemokratische Errungenschaften verteidigen**

Die Sozialdemokratie war die treibende Kraft bei der Schaffung des ausgleichenden Sozialstaats, der für die Befreiung von existenziellen Sorgen und für soziale Gerechtigkeit sorgen soll. Wir haben zusammen mit den Gewerkschaften die Rechte der Arbeitnehmenden erstritten. Wir haben den Service public aufgebaut und uns erfolgreich für den schrittweisen Ausbau der Demokratie eingesetzt. Diese Zähmung des Kapitalismus im 20. Jahrhundert hat das Leben von Millionen von Menschen weltweit verbessert und ist die historische Leistung der Sozialdemokratie. Bereits seit einiger Zeit erleben wir aber dessen erneute Entfesselung. Dadurch werden unsere Errungenschaften gefährdet. Einen besonders deutlichen und folgenreichen Ausdruck finden die – oft unter dem Etikett „neoliberal“ zusammengefassten – Entwicklungen der letzten Jahre und Jahrzehnte in der zunehmenden Ungleichheit. Ebenfalls in der Schweiz, wo zwei Prozent der Bevölkerung 98 Prozent des Vermögens besitzen, und dementsprechend auch Macht,

Gestaltungsmöglichkeiten und Freiheit sehr ungleich verteilt sind. Es sind der immense Reichtum und Einfluss der Wenigen, die nachhaltige Veränderungen der Wirtschaft und unserer Gesellschaft im Interesse von uns allen verunmöglichen. Es ist die krasse Ungleichheit, die reaktionären und fremdenfeindlichen Kräften weltweit als Nährboden dient und zu einer ernsthaften Bedrohung für unsere Freiheit geworden ist.

Die Sozialdemokratie hat Antworten auf diese Herausforderungen: Wir brauchen eine Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, griffige Regulierungen der Finanzmärkte und öffentliche Investitionen in eine zukunftsfähige Wirtschaft. Also das Gegenteil dessen, was die AusteritätspredigerInnen europaweit verkünden und die rechten Mehrheiten auf allen Ebenen mit ihren jährlichen Abbauprogrammen, Privatisierungen und Steuersenkungen für Reiche und (Gross-)Unternehmen durchzusetzen versuchen. Wir müssen den Sozialstaat und den Service public verteidigen und den Wirkungsbereich demokratischer Politik gegenüber den nationalen wie globalen Kapitalinteressen wieder ausweiten. Bei alledem bewegen wir uns auf mehr oder weniger bekanntem, sozialdemokratischem Terrain. Ein grosser Teil der in den nächsten Jahren anstehenden wirtschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen wird in diesem Rahmen stattfinden. Wir dürfen unser Engagement und unsere Politik – inner- und ausserhalb des Parlaments – aber nicht darauf beschränken. Denn wir merken auch, dass die bisherige Politik bei vielen der heutigen Herausforderungen nicht wirklich weiter kommt. Nicht nur bei ökonomischen und sozialen Fragen, sondern vor allem auch mit Blick auf die lebensbedrohenden Umweltprobleme, mit denen sich die Menschheit heute konfrontiert sieht.

#### **A-5; SP Kőniz: Änderungen im zweiten Absatz**

Modifiziert: Die Sozialdemokratie hat Antworten auf diese Herausforderungen: Wir brauchen eine Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums sowie griffige Regulierungen der Finanzmärkte im Rahmen einer Wirtschaftsverfassung, die den internationalen Standortwettbewerb als gestaltbare Realität sieht. Schliesslich brauchen wir öffentliche und private Investitionen in eine zukunftsfähige Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Menschen und bei gleichzeitigem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Also das Gegenteil ....

....

Wir müssen den Sozialstaat und den Service Public verteidigen. Angesichts des immer geringeren wirtschaftspolitischen Entscheidungsspielraums im Rahmen des Nationalstaates müssen wir die bestehende Wirtschaftsverfassung in wichtigen Punkten anpassen und den Wirkungsbereich demokratischer Politik wieder ausweiten. fortschrittliche Lösungen gegenüber nationalen und globalen Kapitalinteressen immer mehr über die Schaffung europa- und weltweiter Standards suchen. In diesem Rahmen wird ....

**Begründung:** Wesentliche, breitenwirksame wirtschaftspolitische Reformen sind in der heutigen globalisierten Welt untrennbar mit Entwicklungen im internationalen Umfeld verbunden. Der internationale Standortwettbewerb ist insb. für die Schweiz eine Realität, an welcher keine realistische sozialdemokratische Wirtschaftspolitik vorbeikommt. Dabei geht die Liste der relevanten Politikbereiche weit über die Finanzmarktpolitik hinaus. Die Erfahrung zeigt überdies, dass international Lösungen vielfach eher sozialdemokratischen Vorstellungen entsprechen. Mit einer internationalen Perspektive nehmen wir schliesslich die internationalistische Tradition der SP in Analyse und Praxis wieder auf.

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Die Ablehnung richtet sich nicht primär gegen die Begründung, die auf jeden Fall wichtige Fragen aufgreift. Tatsache ist allerdings auch, dass die Sozialdemokratie in den letzten Jahren und Jahrzehnten genau diese Politik der internationalen Regulierung in den Vordergrund stellte und die Erfolgsbilanz, wenn wir uns die gegenwärtigen gesellschaftlichen Krisen vor Augen führen resp. wenn man das Ziel einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft als Bewertungsmaßstab nimmt, doch eher durchgezogen ausfällt. Das Positionspapier möchte ganz gezielt, wie das auch im Vorwort des Präsidenten und in der Einleitung ausgeführt wird, auf vernachlässigte Aspekte fokussieren. Es geht in diesem Sinne auch darum, das Bewusstsein für bestehende Handlungsspielräume, die wir durch die Betonung inter- und supranationaler Lösungsansätze teilweise vernachlässigt haben, zu stärken. Um dies zu erreichen, braucht es nicht zuletzt den Mut zur Fokussierung resp. zur Lücke. Wenn in der Einleitung die Wichtigkeit internationaler Ansätze betont wird und in den Massnahmen eher die Handlungsspielräume im nationalen Rahmen (auch auf lokaler, regionaler und kantonaler Ebene) im Vordergrund stehen, passt das nicht zusammen.

**A-6; Juso: Streichen und ersetzen**

*Kommentar: Es ist die krasse Ungleichheit, die reaktionären und fremdenfeindlichen Kräften weltweit als Nährboden dient und zu einer ernsthaften Bedrohung für unsere Freiheit geworden ist. Die Sozialdemokratie hat Antworten auf diese Herausforderungen: Wir brauchen eine Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, griffige Regulierungen der Finanzmärkte und öffentliche Investitionen in eine zukunftsfähige Wirtschaft. Diese krasse Ungleichheit ist Folge eines Systemversagens. Um das Aufblühen reaktionärer und fremdenfeindlicher Kräfte stoppen zu können, reicht es nicht, die Ungleichheit partiell zu bekämpfen. Wir brauchen zwar eine Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, griffige Regulierungen der Finanzmärkte und öffentliche Investitionen in eine zukunftsfähige Wirtschaft. Doch erst eine nachhaltige und gerechte Wirtschaft ausserhalb der kapitalistischen Produktionsweise nimmt den rechten Ideologinnen und reaktionären Gruppierungen langfristig ihren Nährboden.*

*Es benötigt also das Gegenteil dessen [...].*

**Begründung:** Im Parteiprogramm der SP Schweiz steht: "Es [das Primat von Demokratie und Politik] erfordert die Überwindung des Kapitalismus, der unsere Gesellschaft auf eine blosse Marktgesellschaft [...] reduziert.". Mit dem vorliegenden Antrag soll dem Parteiprogramm Rechnung getragen werden, indem auch in diesem Positionspapier eine kohärente politische Linie der SP Schweiz vorhanden ist. Gerade im Kapitel "Dem entfesselten Kapitalismus entgegenwirken" muss zwingend erwähnt werden, dass das kapitalistische System an sich überwunden werden muss. Dies bedeutet nicht, dass alle Massnahmen, welche die Auswüchse des kapitalistischen Systems bekämpfen, hinfällig sind, sondern viel mehr mit einem klaren politischen Ziel verknüpft werden können. Somit ist eben nicht die „krasse Ungleichheit [...] Nährboden [...] für fremdenfeindlichen Kräfte [...]“, sondern das kapitalistische System an sich, welches durch eine reine Markt- und Kapitallogik Ungleichheit erst verursacht. Somit ist die Entstehung fremdenfeindlicher Kräfte eine Folge des Systemversagens und nicht eine Folge der Ungleichheit.

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Inhaltlich sagt dieser Antrag nichts aus, was nicht ohnehin im Papier vorkommt. Die Argumentation in der Einleitung ist darauf angelegt, eine eher breite Leserschaft innerhalb und hoffentlich auch ausserhalb der Partei schrittweise davon zu überzeugen, dass eine andere, eine demokratische, ökologische und solidarische (und damit de facto nicht-kapitalistische) Wirtschaft heute keine ideologische Frage, sondern notwendig ist. Das Positionspapier beschäftigt sich, im Geiste des Parteiprogramms, mit dem Weg, der über den Kapitalismus hinausführen soll. Die Trennung zwischen unseren heutigen politischen Projekten und einer „nachhaltigen und gerechten Wirtschaft ausserhalb der kapitalistischen Produktionsweise“ ist vor diesem Hintergrund wenig zielführend. Schliesslich: Dass der Kapitalismus systeminhärent zu Ungleichheit führt, trifft sicher zu. Was die Leute aber empfinden, was auch der Nährboden für fremdenfeindliche und andere reaktionäre Kräfte ist, ist letztlich nicht ein abstraktes Systemversagen, sondern eben doch soziale Ungleichheit, Prekarisierung usw.

**A-7; SP60+:** *Neuer Absatz am Ende des Kapitels*

*Eine progressive Wirtschaftspolitik, wie sie in den folgenden Leitlinien und Handlungsfeldern und Massnahmen beschrieben wird, soll selbstverständlich kein Selbstzweck werden. Es ist wichtig, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich viele Initiativen von unten entwickeln können. Die Rolle der sozialdemokratischen BürgerInnen besteht aber auch darin, in all diesen Aktivitäten unsere sozialen und ökologischen Werte zu verteidigen und weiter zu realisieren: Eine solidarische Gesellschaft, wo junge und ältere ihr Leben auch dank genügendem Einkommen frei gestalten können, wo Frauen gleichbehandelt werden und keine Diskriminierung nach Geschlecht, Genderausrichtung, Meinung und Ursprung toleriert wird. Solidarisch auch auf internationaler Ebene mit besonderer Berücksichtigung der Migrationsprobleme. Für eine nachhaltige Welt, wo die Grundlagen unsers Lebens auch für die zukünftigen Generationen gewährt bleiben.*

**Begründung:** *Die Behandlung der wirtschaftlichen Aspekte riskiert einen einseitigen Blick zu fördern.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Diese richtigen und wichtigen Anliegen sind im Papier und durch die Annahme verschiedener Anträge berücksichtigt. Weil es sich um ein wirtschaftspolitisches Papier handelt wird der entsprechende Fokus auch als sinnvoll erachtet. Die Gefahr einer ökonomistischen Sicht auf die Gesellschaft erkennt die GL nicht.

## **Die Probleme an der Wurzel packen – Leitlinien einer progressiven Wirtschaftspolitik**

**Wir stehen vor vielfältigen und miteinander verbundenen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisen, die einen tiefgreifenden Wandel nötig machen.** Heute sind die fortschrittlichen und verantwortungsbewussten Kräfte weltweit gefordert, an einem Pfadwechsel hin zu einem neuen, tatsächlich nachhaltigen Entwicklungsmodell mitzuwirken. **Ganz wesentlich dabei ist ein anderer Zugang zu, und ein anderes Verständnis von Wirtschaft.** Es gilt die vorherrschende Wirtschaftslogik und die ihr zugrunde liegenden Machtverhältnisse zu verändern. Das Ziel ist es, die von einer

kapitalistischen Wirtschaft systematisch produzierten Ungleichheiten und Zerstörungen von Beginn weg zu verhindern, statt sie im Nachhinein bestmöglich zu reparieren.

Gefragt ist eine Politik, die die Probleme an der Wurzel packt. **Im Kern geht es darum, die Verteilungsfrage auszuweiten. Neben der steuerlichen Um- resp. Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums im Nachhinein braucht es eine gerechtere Verteilung wirtschaftlicher (Entscheidungs-)Macht. Indem Betroffene zu Mitbestimmenden gemacht werden, wirkt man der Entstehung ungerechtfertigter und schädlicher Ungleichheiten entgegen.** Wir wollen nicht nur die Vorherrschaft der Politik gegenüber dem Markt durchsetzen, sondern fordern eine Demokratisierung von Unternehmen, insbesondere von Grossunternehmen. Mit der Demokratisierung der Wirtschaft beginnen wir heute selbstredend nicht bei null. Die gewerkschaftliche Organisation und Gesamtarbeitsverträge sind ein Fundament, auf das eine demokratische Wirtschaft aufbauen kann, über das sie längerfristig aber auch hinausgehen soll. Wir wollen Unternehmen, die das Gemeinwohl statt die Profitmaximierung im Blick haben und zu entsprechenden Entscheiden gelangen – eben weil die Betroffenen mitbestimmen.

#### **A-8; SP Kőniz: Änderungen**

*Modifiziert: Gefragt ist eine Politik, die die Probleme an der Wurzel packt und gleichzeitig Möglichkeiten zu substantiellen Verbesserungen im bestehenden Rahmen nutzt. Im Kern geht es darum, bisher vernachlässigte wirtschaftspolitische Schlüsselfragen zum Thema der Politik zu machen und namentlich die Verteilungsfrage auszuweiten. Neben der steuerlichen Um- respektive Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums im Nachhinein braucht es einen politisch gesetzten Rahmen zur Kontrolle und gerechten Verteilung wirtschaftlicher (Entscheidungs)macht. Mit rechtsverbindlichen oder weiteren geeigneten Massnahmen soll gesellschaftlich und gegenüber der Umwelt verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln eingefordert und durchgesetzt werden. Zudem soll der Entstehung ungerechtfertigter und schädlicher Ungleichheiten .....*

***Begründung:** Selbst wenn der Akzent auf bisher vernachlässigte und zukunftssträchtige Themen gelegt werden soll, kommt ein ernstzunehmendes wirtschaftspolitisches Grundlagenpapier der SPS nicht daran vorbei, Aussagen zum vorherrschenden wirtschaftspolitischen Rahmen zu machen. Ferner schlagen wir eine Ausweitung der Perspektive über die Verteilungsfrage hinaus vor. Die gemachten Überlegungen und Vorschläge sind in den Kontext der gesamten wirtschaftspolitischen Programmatik der SPS sowie der heutigen konkreten Alltagspolitik der Partei zu stellen. Ein zentrales Thema ist dabei die Kontrolle über das Unternehmensverhalten selber respektive dessen Steuerung. Zudem darf ein Verweis auf die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen keinesfalls fehlen.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Modifizierte Annahme

#### **Begründung:**

Annahme Änderungsvorschlag/Satz 1.

Ablehnung Änderungsvorschläge/Sätze 2 & 3: Die Argumentationslinie in der Originalversion ist darauf angelegt, vom für die SP bekannten Konzept der Verteilungsgerechtigkeit ausgehend, das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass dieses Konzept explizit auch auf die (Entscheidungs-)Macht in Unternehmen angewendet werden kann und soll. Die Ebene der Organisation, also die Art und Weise, wie Unternehmen aufgebaut sind, wie sie zu Entscheidungen gelangen

usw., wurde von der Sozialdemokratie zu lange vernachlässigt. Dies obwohl Organisationen/Unternehmen der Ort sind, an dem die Menschen als ArbeiterInnen ganz konkret einen wesentlichen Teil ihrer Lebenszeit verbringen. Sie werden als soziale Wesen durch die Struktur von Unternehmen auch stark geprägt resp. sozialisiert. Und Unternehmen, gerade Grossunternehmen, sind es auch, die basierend auf ihren internen Machtverhältnissen Einfluss auf die Politik, auf wirtschaftspolitische Regulierungen usw. nehmen. Und dies in den allermeisten Fällen nicht in einem sozialdemokratischen Sinne. Dies alles spricht dafür, den Unternehmen als soziale Organisationen mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Es geht auch hier um den Mut zur Fokussierung.

#### **A-9; Juso: Ergänzung**

*(...) Die gewerkschaftliche Organisation und Gesamtarbeitsverträge sind ein Fundament, auf das eine demokratische Wirtschaft aufbauen kann, über das sie längerfristig aber auch hinausgehen soll. Denn die sogenannte „soziale Marktwirtschaft“, die das kapitalistische Wachstum mit gewerkschaftlichem Schutz und einem starken Sozialstaat zu verbinden versucht, hat es nicht geschafft, eine wachsende soziale Kluft und lebensbedrohliche Umweltprobleme zu verhindern. Wir wollen Unternehmen, die das Gemeinwohl statt die Profitmaximierung im Blick haben und zu entsprechenden Entscheiden gelangen – eben weil die Betroffenen mitbestimmen. Erst dann werden durch die kapitalistische Wirtschaft verursachten Krisen, Zerstörungen und Ungleichheiten von Beginn weg verhindert und nicht mehr im Nachhinein zu korrigieren versucht.*

**Begründung:** *Es ist wichtig in der Analyse festzuhalten, dass die Gleichung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – der historische Klassenkompromiss zwischen Kapital und Arbeit – nicht mehr existiert. Seit den 1970er Jahren werden Effizienzgewinne in der Privatwirtschaft nicht mehr durch Lohnerhöhungen an die arbeitende Bevölkerung weitergereicht, sondern als Gewinne an Aktionäre und Kapitalgeberinnen ausgezahlt. Die Löhne stagnieren oder sinken real sogar. Diese Entwicklung wird politisch durch Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche und den konstanten Angriffen auf den starken Sozialstaat vorangetrieben und verstärkt. So steigt seit bald fünfzig Jahren die globale Vermögens- und Chancenungleichheit exponentiell an. Insbesondere Umweltprobleme, durch die kapitalistische Produktionsweise verursacht, wurden dabei ausser Acht gelassen. Erst durch die Demokratisierung der Wirtschaft werden wir nachhaltige Krisen, Zerstörungen und Ungleichheiten verhindern können.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Die erste Ergänzung unterbricht unnötigerweise die im Abschnitt aufgebaute Argumentation einer Ausweitung der Verteilungsfrage auf Entscheidungsmacht. Der Inhalt, der Bruch des Klassenkompromisses, wird im ersten Abschnitt mit anderen Worten thematisiert. Es heisst dort: Diese Zähmung des Kapitalismus im 20. Jahrhundert hat das Leben von Millionen von Menschen weltweit verbessert und ist die historische Leistung der Sozialdemokratie. Bereits seit einiger Zeit erleben wir aber dessen erneute Entfesselung. Dadurch werden unsere Errungenschaften gefährdet. Einen besonders deutlichen und folgenreichen Ausdruck finden die – oft unter dem Etikett „neoliberal“ zusammengefassten – Entwicklungen der letzten Jahre und Jahrzehnte in der zunehmenden Ungleichheit. Die zweite Ergänzung scheint uns bereits im ersten Abschnitt nach dem Untertitel: „Die Probleme an der Wurzel packen“ thematisiert. Es heisst dort: „Das Ziel ist es,

die von einer kapitalistischen Wirtschaft systematisch produzierten Ungleichheiten und Zerstörungen von Beginn weg zu verhindern, statt sie im Nachhinein bestmöglich zu reparieren.“ Die folgenden Ausführungen zur Mitbestimmung etc. sollen wiederum den Weg hin zu diesem Ziel aufzeigen.

**A-10; SP60+:** *Neuer Satz am Ende vom zweiten Abschnitt*

*In die Verteilungsfrage ist auch die Arbeit mit einzubeziehen. Arbeit muss gerecht und würdig verteilt sein. Jeder Mensch hat das Recht, sich nach seinen Möglichkeiten daran zu beteiligen.*

**Begründung:** *Vor der Frage, wie Profit/Ertrag aus der Arbeit/Wirtschaft verteilt werden und in welchen Formen Mitbestimmung gewährleistet werden, muss klar deklariert sein, dass alle Menschen ein Recht auf Zugang zu Arbeit und Erwerb haben.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** An der vorgeschlagenen Stelle bleibt der ergänzende Satz ein Fremdkörper und er unterbricht die Argumentationslinie, die versucht, die Mitbestimmung im Unternehmen mit der Frankenkrisis sowie der Digitalisierung zu verbinden. Mit der Annahme von A-33 wird neu aber die Frage einer gerechten Verteilung der Arbeit thematisiert.

In der Schweiz zeigt sich aktuell im Rahmen der „Frankenkrisis“, dass die fehlende Mitbestimmung der Lohnabhängigen ein Problem ist. Darüber, wie die Unternehmen auf den starken Franken reagieren, bestimmt praktisch nur die Kapitalseite. Diese Problematik wird sich zukünftig noch zuspitzen. Unter den heutigen Bedingungen führt der technologische Fortschritt („Vierte industrielle Revolution“) dazu, dass das Kapital gegenüber der Arbeit immer mehr an Bedeutung gewinnt. Das äussert sich im Abbau von Arbeitsplätzen, in Angriffen auf die Arbeitsbedingungen und in der sich öffnenden Lohn- und Vermögensschere. **Es braucht heute eine Demokratisierung der Wirtschaft, damit nicht das Kapital darüber bestimmt, wie unsere Zukunft aussehen wird.** Und damit die Fragen nach den Zielen von Wirtschaft; nach den Bedingungen, unter denen gearbeitet und gelebt wird; und nach dem Einsatz von Maschinen, Robotern und Algorithmen im Interesse von uns allen beantwortet werden.

**A-11; Juso:** *Ergänzen und streichen*

*(...) Unter den heutigen Bedingungen führt der technologische Fortschritt („Vierte industrielle Revolution“) dazu, dass das Kapital gegenüber der Arbeit immer mehr an Bedeutung gewinnt. Das äussert sich im Abbau von Arbeitsplätzen, in Angriffen auf die Arbeitsbedingungen und in der sich öffnenden Lohn- und Vermögensschere. Damit nicht nur das Kapital, sondern die Menschen vom technologischen Fortschritt und dem Wohlstandsgewinn profitieren, braucht es heute eine Demokratisierung der Wirtschaft. ~~Damit nicht das Kapital darüber bestimmt, wie unsere Zukunft aussehen wird.~~ Nur dann werden die Fragen nach den Zielen von Wirtschaft; nach den Bedingungen, unter denen gearbeitet und gelebt wird; und nach dem Einsatz von Maschinen, Robotern und Algorithmen im Interesse von uns allen beantwortet werden. (...)*

**Begründung:** *Es ist wichtig festzuhalten, dass nicht der technologische Fortschritt und möglicherweise ein daraus resultierender Strukturwandel das Problem darstellen, sondern die herrschenden Machtverhältnisse zwischen der arbeitenden*

*Bevölkerung und den Kapitalgeber\_innen. Im Gegenteil: In einer demokratisierten Wirtschaft kann technologischer Fortschritt Wohlstand für alle generieren, was erstrebenswert ist.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Annahme

**Ergänzung:** Im Original heisst es allerdings: Es braucht heute eine Demokratisierung der Wirtschaft, damit nicht das Kapital darüber bestimmt, wie unsere Zukunft aussehen wird.

**A-12; SP Kőniz:** *Einschub neuer Absatz*

*... allen beantwortet werden.*

*In einer globalisierten Wirtschaft ist es mehr denn je nötig, dem internationalen Standortwettbewerb zulasten sozialer Errungenschaften und minimaler Umweltstandards mit international koordinierten Lösungen sowie innovativen Ansätzen zu begegnen.*

*Ein wichtiger Orientierungspunkt ....*

**Begründung:** *Einordnung und Verankerung der nachfolgend näher ausgeführten neuen Ansätze in die dominierende internationale Wirtschafts- und Finanzdynamik.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Modifizierte Annahme

**Begründung:** Der Satz soll im ersten Kapitel im zweiten Absatz in angepasster Weise eingefügt werden. Neu heisst es dann: „Die Sozialdemokratie hat Antworten auf diese Herausforderungen: Dem internationalen Standortwettbewerb zulasten sozialer Errungenschaften und minimaler Umweltstandards muss mit international koordinierten Lösungen sowie innovativen Ansätzen begegnet werden. Es braucht griffige ...“

**Ein wichtiger Orientierungspunkt einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik ist die zivilgesellschaftliche Dynamik im Bereich alternativer Wirtschaftsweisen.** Sei es aus unmittelbarer materieller Not oder aus wachsendem Überdruß an entfremdeten Arbeitsverhältnissen in Unternehmen, die ebenso skrupellos wie kurzsichtig alles der Rendite unterordnen; immer mehr Menschen schliessen sich zusammen und versuchen anders, versuchen demokratisch, ökologisch und solidarisch zu wirtschaften und zu leben. Hervorgehoben werden können etwa die zahlreichen Unternehmen und Menschen, die unter dem Dach der „sozialen“, „solidarischen“ oder eben „Sozialen und Solidarischen Ökonomie“ aktiv sind – im internationalen Kontext zunehmend auch im Zusammenspiel mit der Politik. So ist in Frankreich seit Mitte 2014 ein entsprechendes Fördergesetz in Kraft.<sup>1</sup> Eine weitere erfolgreiche Initiative ist die „Gemeinwohl-Ökonomie“, zu der der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) im September 2015 eine bemerkenswert positive Stellungnahme verabschiedet hat.<sup>2</sup> Und auch in der Schweiz ist einiges in Bewegung. In den grösseren Städten entstehen zukunftsweisende Wohnsiedlungen. In lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufen werden praktische Erfahrungen mit demokratischen Unternehmen, nicht-kommerziellen Sharing Economy-Ansätzen, Alternativwährungen oder Modellen von Vertragslandwirtschaft gesammelt. Gemeinden, fortschrittliche Unternehmen und „Energie-Prosumer“ (sowohl

1 Siehe: <http://www.economie.gouv.fr/files/files/PDF/ess-brochure.pdf>

2 Siehe: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52015IE2060&from=DE>

ProduzentInnen als auch KonsumentInnen von Energie) bauen gemeinsam an der Energieversorgung der Zukunft. KMUs in den unterschiedlichsten Wirtschaftssektoren zeigen Tag für Tag, dass eine Wirtschaft im Dienst der Menschen keine Träumerei, sondern möglich ist. Im Kanton Genf existiert eine alternative Handelskammer (Chambre de l'économie sociale et solidaire, Après-GE), die über 270 Unternehmen und Organisationen unterschiedlicher Grösse vertritt, welche ihrerseits rund 5000 Personen beschäftigen.<sup>3</sup> Aus diesen vielfältigen praktischen Erfahrungen lässt sich auch ablesen, wie unsere globalen Wirtschaftsbeziehungen neu zu gestalten wären: mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit als Ausgangs- und Fixpunkte. **Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich solche Initiativen von unten entwickeln, und an Stärke zulegen können.**

**A-13; Juso: Ergänzung**

*(...) Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich solche Initiativen von unten entwickeln, und an Stärke zulegen können. Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist darüber hinaus, jene Menschen, die sich für eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft einsetzen, zu vernetzen und zu befähigen, um so den politischen Druck für eine andere Wirtschaftsform von unten aufzubauen.*

***Begründung:** Der Anspruch der SP an sich selbst muss grösser sein, als nur Rahmenbedingungen schaffen zu wollen. Wir wollen nicht passiv dabei zuschauen, wie diese Initiativen entstehen, sondern vielmehr ein integraler Bestandteil davon sein.*

**Entscheid der Geschäftsleitung: Annahme**

**A-14; SP Bern Holligen: Ergänzungsantrag zu Kapitel I „Ausgangslage und Einleitung“**

***Forderung:** Am Ende des Kapitels, im Anschluss an: „... zu mehr Gerechtigkeit auf globaler Ebene“ soll der folgende Satz ergänzt werden: Gerade vor dem Hintergrund des globalen Kapitalismus ist es wichtig, dass die Erhaltung des nationalen Wohlfahrtsstaats nicht wie bisher im Sinne lokaler Umverteilung globaler Gewinne erscheint.*

***Begründung:** Die nationale Fokussierung ist migrationspolitisch sehr ungünstig, da der historische und globale Kontext des Kapitalismus wegfällt. Das Resultat ist eine linke Strategie, die den nationalen Wohlfahrtsstaat verteidigt, wie das in der Einleitung betont wird. Doch dadurch wird die strukturelle Gewalt und Ungleichheit im globalen Kapitalismus ausgeblendet, die die gegenwärtige Migration antreibt und wiederum den nationalen Wohlfahrtsstaat mitfinanziert. Die Erhaltung des nationalen Wohlfahrtsstaates im Sinne lokaler Umverteilung globaler Gewinne erscheint demnach auch als nationale Strategie im globalen Kapitalismus, um Wohlstand zu sichern - für mehr Menschen und für eine gerechtere Verteilung in der Schweiz.*

**Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung.**

**Begründung:** Die vorgeschlagene Ergänzung ist in dieser Form zu wenig verständlich. Es wird damit eine überaus grosse und komplexe Thematik

<sup>3</sup> Après-GE (2015): Panorama de l'économie sociale et solidaire à Genève. Étude statistique 2015. Genf.

angesprochen: Wie „legitim“ und gerecht sind die nationalen Wohlfahrtsstaaten im globalen Norden, wenn man sie in einen globalen Kontext setzt, wenn man die historischen und heutigen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse auf globaler Ebene in angemessener Weise berücksichtigt? Zur Beantwortung dieser Frage reicht ein Satz nicht aus. Allerdings würde es die GL begrüßen, wenn für die zweite Antragsrunde eine etwas ausführlichere, in den Rahmen des Papiers passende Version vorgeschlagen wird.

**Die nachfolgend beschriebenen Handlungsfelder und Massnahmen fokussieren auf die Schweiz.** Indem wir den demokratischen, ökologischen und solidarischen Umbau „unserer Wirtschaft“ vorantreiben, verbessern wir allerdings nicht nur das Leben der Menschen hierzulande. Wir übernehmen damit auch aus einer internationalen Perspektive Verantwortung und leisten einen wichtigen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit auf globaler Ebene.

**A-15; SP Kőniz: Redaktionelle Ergānzung**

*Die nachfolgend beschriebenen Handlungsfelder und Massnahmen umfassen Bausteine auf dem Weg zu einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft und fokussieren auf die Schweiz:*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Ablehnung.

**Begründung:** Ablehnung auf Grundlage der Ablehnung von A-4.

**A-16; Juso: Ergānzung durch weiteres Unterkapitel „Eigentum demokratisch denken“**

**Eigentum demokratisch denken**

*Eigentumsfragen betreffen den Kern jeder Gesellschaftsordnung. Der positive Wert des (Privat-)Eigentums ist in bürgerlichen Gesellschaften wie der unseren eine weitestgehend unhinterfragte Selbstverständlichkeit. Doch wie das bei unhinterfragten Selbstverständlichkeiten oft der Fall ist; viele – kritische – Aspekte werden durch sie verdeckt, Fakten werden verdrängt. Für die SP ist klar, dass individuelles Eigentum bspw. an Konsumgütern für den Alltagsgebrauch eine wesentliche Voraussetzung eines selbstbestimmten Lebens darstellt. Die Garantie individueller Eigentumsrechte ist ein wichtiges Fundament für unsere Freiheit.<sup>4</sup> Anders sieht es beim Privateigentum an den Produktionsmitteln aus, beim Privateigentum an Boden und natürlichen Ressourcen, an Unternehmen und technischen Infrastrukturen, in denen und mit denen wir alle gemeinsam den gesellschaftlichen Reichtum und die materielle Basis unserer Freiheiten erarbeiten. Privateigentum steht in diesem Fall vor allem – und mit wachsender sozialer Ungleichheit vermehrt – für die Interessen des Kapitals.*

***Privateigentum darf kein Freipass für gesellschafts- und naturschädigende Tätigkeit sein.*** In der bis heute weitgehend demokratiefreien Zone der Privatwirtschaft zeigt sich genau das aber regelmässig. Wir können uns zwar kurzzeitig über Entlassungen, Betriebsschliessungen, Millionenboni usw. empören, ein struktureller Wandel prallt aber immer wieder am vorherrschenden Konzept des Eigentums ab, das nicht nur in unseren Köpfen Wirkung entfacht, sondern v.a. auch

<sup>4</sup> Tatsächlich ist es heute in erster Linie der neoliberale Kapitalismus, der individuelles Eigentum und Freiheit der grossen Mehrheit der Bevölkerung gefährdet, indem weltweit immer mehr Menschen als „überflüssig“ aus dem System hinausgedrängt und damit, zu Gunsten einer kleinen Gruppe von Profiteuren, ihres individuellen Eigentums und ihrer Freiheiten beraubt werden.

*tief in unserer rechtsstaatlichen Ordnung verankert ist. Wir brauchen neue Regeln, damit Eigentumsrechte, resp. die daraus abgeleiteten Entscheidungen und Tätigkeiten, nicht weiter eine Gefahr für die Freiheit der grossen Mehrheit der Bevölkerung darstellen können. Soll eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch gelangen, müssen wir damit beginnen, differenzierter über das Verhältnis von (Privat-)Eigentum und Gemeinwohl nachzudenken. Leitschnur dieser Neukonzeption muss das demokratische Grundprinzip sein, wonach Betroffene einbezogen werden und mitentscheiden können. **Eigentum demokratisch zu denken bedeutet, das Privateigentum an den Produktionsmitteln zugunsten einer demokratischen und gemeinwohlorientierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu transformieren.***

*Das Nachdenken über Eigentumsfragen führt zwangsläufig auch zur Rolle des Staates. In der neoliberalen Erzählung, die auf der bestehenden Eigentumsordnung basiert und sie im Interesse einer kleinen Elite radikal zuspitzt, wird ein Gegensatz zwischen Staat und Markt aufgebaut, der die Rollen klar verteilt: Der Staat ist das Problem, der Markt die Lösung. Tatsache ist, dass die wirtschaftspolitischen Regulierungen ab den 1980er Jahren weltweit – auch in der Schweiz! – primär die Interessen von Grossunternehmen, Finanzmärkten und Superreichen bedienen. Liberalisierungen, Deregulierungen und vor allem Privatisierungen, also die Überführung von öffentlichem in privates Eigentum, machten „den Staat“ in Wirklichkeit nicht zum Feind, sondern in vielen Fällen zum effektiven Instrument der Neoliberalen. Es ist höchste Zeit, das zu ändern. **Der demokratische Staat ist dazu da, das allgemeine Interesse, das Gemeinwohl, gegenüber mächtigen Partikularinteressen zu verteidigen und durchzusetzen.** Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft entspricht genau diesem allgemeinen Interesse.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Frage des (Privat-)Eigentums ist unbestritten wichtig. In diversen Handlungsfeldern des vorliegenden Papiers geht es implizit, wie eigentlich immer in einem wirtschaftspolitischen Kontext, auch um Eigentumsfragen. Mit dem Papier will die SP jedoch einen ausgewogenen Weg zwischen Realpolitik und Vision gehen. Wir wollen von unserem wirtschaftsdemokratischen Weg weder nach rechts in Richtung des Konzepts der „sozialen Marktwirtschaft“ abweichen, noch wollen wir kaum anschlussfähige Debatten am linken Rand aufnehmen.

## **II. Handlungsfelder und Massnahmen**

**A-17; SP Frauen: Ergänzung mit neuem Punkt**

**Mehr Demokratie durch Repräsentanz und Vielfalt:** *Echte Teilhabe und Mitbestimmung bedingt eine Vertretung, die die Vielfalt des Unternehmens oder des Betriebs widerspiegelt. Dazu gehört auch ein konsequenter Einsatz gegen Diskriminierung aufgrund Alter, Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung oder anderer Eigenschaften.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Modifizierte Annahme.

**Begründung:** Der Vorschlag soll am Ende von Massnahme 1 „Mitbestimmungsrechte für ArbeiterInnen“ ergänzt werden.

**A-18; SP Frauen: Ergänzung mit neuem Punkt**

**Vorbildliche Arbeitsbedingungen:** Eine demokratische Wirtschaft der Zukunft ermöglicht den Mitarbeitenden gute und auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitmodelle, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen, und eine gute Balance zwischen Arbeit und Freizeit ermöglichen und sozialpartnerschaftlich ausgehandelt wurden. Sowohl Arbeitsbedingungen wie auch Rekrutierung sollen frei von Diskriminierungen sein.

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Annahme

**A-19; SP Frauen: Ergänzung mit neuem Punkt**

**Lohngleichheit endlich umsetzen:** In einer demokratischen Wirtschaft werden keine ungleichen Löhne für gleichwertige Arbeit gezahlt. Die ökonomische Gleichstellung der Geschlechter muss daher ein Kernanliegen der Wirtschaftsdemokratie sein.

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Modifizierte Annahme

**Begründung:** Der Antrag soll in A-18 „Vorbildliche Arbeitsbedingungen“ integriert werden. Nach „... frei von Diskriminierungen sein.“ soll es heissen: „Dazu gehört selbstredend, dass keine ungleichen Löhne für gleichwertige Arbeit gezahlt werden. Die ökonomische Gleichstellung der Geschlechter ist ein wichtiges Anliegen einer zukunftsfähigen Wirtschaft.“

## **Mehr Demokratie – Mitbestimmung und Beteiligung ausbauen**

**A-20; SP Bern Altstadt-Kirchenfeld: Änderung der Reihenfolge**

Die Punkte „Mitbestimmungsrechte für Mitarbeitende“, „KonsumentInnenmacht stärken“, „Boden als Gemeingut sichern“ und „Verantwortungsvolle Pensionskassen“ (s. Antrag SP Bern Altstadt 3) sind an den Anfang des Kapitels zu stellen.

**Begründung:** Die Änderung widerspiegelt den Einfluss, den die Produktionsfaktoren und die Konsumnachfrage auf die Wirtschaft haben. Die Organisation der Nationalbank, die Vorbildrolle der öffentlichen Hand und Gewinnbeteiligungsmodelle in Ehren, aber für eine fundamentale Umgestaltung der Wirtschaft müssen wir auch die fundamentalen Einflussgrössen in den Vordergrund stellen.

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Modifizierte Annahme

**Begründung:** Der aktuelle Punkt 2 zu den Gewinnbeteiligungsmodellen ist eng mit der Forderung nach Mitbestimmungsrechten verknüpft. Er soll deshalb als zweiter Punkt bestehen bleiben, danach folgen die Massnahmenfelder zu KonsumentInnenmacht und Bodenpolitik.

1. **Mitbestimmungsrechte für Mitarbeitende:** Die Schweiz kennt im Unterschied zu den meisten europäischen Ländern keine substanzielle Mitbestimmung der Mitarbeitenden auf Unternehmensebene. 1976 wurde die Mitbestimmungsinitiative der Gewerkschaften abgelehnt. Das einzige Resultat der damaligen Diskussionen ist das Mitwirkungsgesetz von 1993. Es regelt die (fakultative) Mitarbeitendenvertretung in Betrieben mit einer Belegschaft ab 50 Personen, beschränkt sich aber auf dürftige Informations- und bestenfalls Konsultationsrechte. Die gute Arbeit von

Personalvertretungen (Peko) und Gewerkschaften zugunsten der Mitarbeitenden reichen nicht annähernd aus, um die strukturellen Machtungleichgewichte zugunsten des Kapitals auszugleichen. Das möchten wir ändern! Das Mitwirkungsgesetz ist dahingehend zu revidieren, dass ab einer bestimmten Unternehmensgrösse (z.B. ab 30 Beschäftigten) eine Mitarbeitendenvertretung mit Mitbestimmungsrechten in den Leitungsgremien der Unternehmen obligatorisch ist und klare Stufen der Mitwirkung definiert werden (Mitbestimmungs-, Mitsprache- und Informationsrechte). Eine Verletzung der Mitwirkungsrechte ist mit Sanktionen zu belegen und der Schutz der Vertretungen der Arbeitenden ist auszubauen. Bei vorgeschlagenen Massnahmen der Unternehmensführung, die sich ausschliesslich am Shareholder Value orientieren und auf Kosten der Lohnabhängigen gehen, muss letzteren ein Vetorecht eingeräumt werden.<sup>5</sup>

**A-21; SP Bern Holligen:** „Mitbestimmungsrechte für Mitarbeitende“ in Unterkapitel „Mehr Demokratie – Mitbestimmung und Beteiligung ausbauen“

*Forderung:* Anstelle eines Vetorechts für die Mitarbeitenden sind diejenigen Gremien, die für die strategischen Entscheidungen zuständig sind, mit mindestens 51% durch ArbeitnehmervertreterInnen zu besetzen.

*Begründung:* Im Titel des „Bundesgesetzes über die Information und Mitsprache der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ wird zwar der Mitsprache das Wort geredet, aber in der Umsetzung wird dies ausgeblendet. Es braucht griffigere Instrumente, um ein Gleichgewicht der Interessen zu schaffen. Schutz braucht die Arbeit, nicht das Kapital. Mit einer Mehrheitsbeteiligung der Mitarbeitenden in den Entscheidungsgremien wird diesem Anliegen Rechnung getragen. Die Arbeitnehmenden haben ein Interesse, dass das Unternehmen zukunftsgerichtet und nachhaltig geführt wird. Damit sind auch ihre Arbeitsplätze gesichert.

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Modifizierte Annahme

**Begründung:** Die Stossrichtung des Antrages, den Arbeitnehmenden griffige Mitwirkungsrechte in die Hände zu geben, wird unterstützt. Die Frage ist, wie wir am ehesten in diese Richtung weiterkommen. In Sachen Mitbestimmungsrechten kann bis heute Deutschland als Vorreiter und, zumindest was die formalen Rechte anbelangt, auch als Vorbild angesehen werden: Unternehmen, die dem Mitbestimmungsgesetz unterworfen sind, müssen ihre Aufsichtsräte paritätisch besetzen – allerdings kann die Kapitaleseite durch das doppelte Stimmrecht des/der Aufsichtsratsvorsitzenden ihre Interessen im Konfliktfall stets durchsetzen. In der Schweiz sind wir selbst von solchen Verhältnissen weit entfernt. Die Forderung nach einer Arbeitnehmendenmehrheit im Verwaltungsrat ist vor diesem Hintergrund illusorisch.

Im Sinne eines Kompromisses soll folgender Satz ergänzt werden (Nach: Informationsrechte. Vor: Bei vorgeschlagenen ...): „In Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten ist mindestens ein Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrates von Seiten der Mitarbeitenden zu besetzen.“

---

5 Der Einsatz für mehr Demokratie am Arbeitsplatz und im Unternehmen ist nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen angezeigt. Das Modell der hierarchisch, von oben nach unten, organisierten Unternehmen macht auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht immer weniger Sinn. In einer zunehmend komplexen und vernetzten Umwelt, müssen Unternehmen rasch und flexibel agieren und reagieren können. Gefragt sind heute Unternehmen mit dezentralen Strukturen und flachen Hierarchien, in denen Autonomie, Mitbestimmung und Vertrauen nicht bloss Schlagwörter sind, sondern Beschäftigte auch tatsächlich als kompetente und gleichberechtigte Organisationsmitglieder eingebunden werden.

**A-22; Juso: Ergänzung**

*[...], muss letzteren ein Vetorecht eingeräumt werden. Ausserdem sollen Massenentlassungen, welche immer im Gegensatz zu den Interessen der ArbeiterInnen stehen, verboten sein, solange das Unternehmen Gewinn erwirtschaftet.*

**Begründung:** Mitbestimmungsrecht für Arbeiter\_innen bedeuten, dass ein Konzern die Arbeiter\_innen in den Fokus stellt und keine Profitmaximierung betreibt. Dabei sind Massenentlassungen in Zeiten, in welchen Gewinn erwirtschaftet wird, reine Profitmaximierung. In einer demokratischen Wirtschaft sind Arbeiter\_innen gleichberechtigte Organisationsmitglieder und nicht einfache Zahlen, mit denen optimiert und rationalisiert werden kann, um den Profit zu maximieren.

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Ein pauschales, gesetzliches Verbot ist wenig sinnvoll. Im Vordergrund dieses Handlungsfeldes soll eine substantielle Stärkung der Belegschaften stehen.

**A-23; PS Ticino: Emendamento alla misura 1**

*Diritti di co-decisione per i collaboratori*

*Proposta di aggiunta alla misura 1 : I lavoratori devono essere rappresentanti almeno nella misura del 30% negli organi direttivi delle imprese.*

*Motivazione:*

*Il diritto di partecipazione dei collaboratori negli organi direttivi delle non può limitarsi ad essere un'enunciazione, ma deve garantire anche una reale presenza dei lavoratori, da qui la proposta di introdurre una quota minima*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Modifizierte Annahme

**Begründung:** Siehe A-21 SP Bern Holligen.

**A-24; SP Köniz: Streichung letzter Satz**

~~*Bei vorgeschlagenen Massnahmen der Unternehmensführung, die sich ausschliesslich am Shareholder-Value orientieren und auf Kosten der Lohnabhängigen gehen, muss letzteren ein Vetorecht eingeräumt werden.*~~

**Begründung:** Konzept ist unklar und ohne Realitätsbezug.

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Es ist wichtig, dass die Logik der Gewinnmaximierung zugunsten der Shareholder, des Kapitals, in einen direkten Zusammenhang mit den Interessen der Lohnabhängigen gebracht wird. Denn um genau diesen Konflikt geht es bei der Frage der Mitbestimmung im engeren resp. beim Thema Wirtschaftsdemokratie im weiteren Sinne.

**A-25; Juso: Ergänzung um eine Forderung**

**Unternehmensverfassung:** Grossunternehmen haben volkswirtschaftlich eine spezielle Machtposition inne. So verschaffen sie ihren Eigentümerinnen und Eigentümern nicht nur grossen Reichtum, sondern haben individuell auch starken Einfluss auf Wohlstand und Politik von Gesellschaften. Diese besondere Position verlangt auch nach besonderer Verantwortung und demokratischer Legitimation. Die SP setzt sich deshalb nicht nur für den gesetzlichen Schutz von Mensch und

*Umwelt gegen verantwortungsloses Wirtschaften und für eine verstärkte Sorgfaltspflichtprüfung ein, sie möchte die demokratische Legitimation der Politik von Grossunternehmen auch auf Ebene der einzelnen Gesellschaft stärken. Mit dem Modell der Unternehmensverfassung werden die unterschiedlichen Stakeholder einer Unternehmung (Kapitalbesitzer, Mitarbeitende, Staat) an den Unternehmensentscheiden sowie am Gewinn beteiligt. Neben dem Gewinn würden damit verstärkt gesellschaftliche und ökologische Interessen im Fokus stehen.*

**Begründung:** *Bereits in den 70er Jahren schlug der Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning ein Modell der Unternehmensverfassung mit paritätischer Vertretung der Belegschaft gegenüber den EigentümerInnen. Dieser Vorschlag wurde damals bis in die christlichen Gewerkschaften aufgenommen und diskutiert. Diese Diskussion muss wieder aufgenommen und die heutige Alleinbestimmungsmacht des Kapitals gebrochen werden.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Der Antrag nimmt auf Massnahmen Bezug, die bereits im Papier vorhanden sind (Massnahme 1: Mitbestimmungsrechte, Massnahme 2: Gewinnbeteiligungsmodelle) und vereint sie unter dem Dach einer „Unternehmensverfassung“. Dieses Modell ist heute aber kaum bekannt und nicht anschlussfähig. Die Forderung müsste konkretisiert werden, um zumindest für die öffentliche Diskussion einen Mehrwert bieten zu können.

2. **Gewinnbeteiligungsmodelle:** Mitarbeitende sollen nicht nur individuell am finanziellen Erfolg ihrer Unternehmen teilhaben. Ihnen soll auch die Möglichkeit offen stehen, sich gemeinsam (z.B. über einen Fonds, der aus erwirtschafteten Gewinnanteilen gespeist wird) an ihrem Unternehmen zu beteiligen, Verantwortung zu übernehmen und demokratisch mitzuentcheiden. Solche kollektiven Lösungen können (müssen aber nicht) auf einen schrittweisen Übergang zu demokratischen Unternehmen im Mehrheitsbesitz der Mitarbeitenden abzielen.

**A-26; SP Bern Altstadt-Kirchenfeld: Änderung**

*Mitarbeitende sollen nicht nur individuell, sondern als Kollektiv am finanziellen Erfolg ihrer Unternehmen teilhaben.*

**Begründung:** *Die Geschichte der letzten 40 Jahre zeigt klar, dass individuelle Gewinnbeteiligungsmodelle keinen positiven Effekt auf die Leistung von Mitarbeitenden hat, sondern einerseits zu Fehlanreizen (bspw. Finanzmarktkollaps 2008), andererseits zu einer Entsolidarisierung der Arbeitnehmenden führt.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Annahme

3. **Vorbildrolle der öffentlichen Hand:** Nicht nur Verwaltungen auf Ebene von Bund, Kantonen und Gemeinden, sondern auch die sogenannten staatsnahen Betriebe sollen zu demokratischen VorreiterInnen werden. Statt kommunale Werke, Spitäler oder Hochschulen Schritt für Schritt in die „Privatwirtschaft zu entlassen“ und ebenso teuren wie unsinnigen neoliberalen Hierarchien und Bürokratien zu unterwerfen, sollen demokratische Strukturen gestärkt und die Mitarbeitenden (aber auch KonsumentInnen, PatientInnen oder Lernende) zu Mitbestimmenden gemacht werden. Auf diese Weise wird die Qualität ihrer Arbeit und damit die Qualität öffentlicher Dienste erhöht – und das erst noch kostensparend.

**A-27; SP Künzli: Reformulierung**

Vorbildrolle der öffentlichen Hand: Nicht nur Verwaltungen auf Ebene von Bund, Kantonen und Gemeinden sollen die Voraussetzungen für die Umsetzung neuer Ansätze schaffen und verbessern, sondern auch die sogenannte staatsnahe Betriebe sollen zu demokratischen VorreiterInnen werden.

**Begründung:** Gemeinwesen/öffentliche Akteure mit hoheitlichen Funktionen sind von öffentlichen Betrieben zu unterscheiden.

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Annahme

4. **Eine am Gemeinwohl orientierte Nationalbank:** Die Schweizerische Nationalbank setzt laut ihrem Auftrag „grundlegende Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Wirtschaft“ im „Gesamtinteresse des Landes“. Die entsprechenden Entscheide werden heute auf höchst intransparente Weise von einem dreiköpfigen Direktorium ohne Rechenschaftspflicht gefällt. Das ist weder sinnvoll noch zeitgemäss. Die SP setzt sich für eine Ausweitung des Direktoriums unter expliziter Berücksichtigung von VertreterInnen der Arbeitnehmenden in der Schweiz ein. Zudem braucht es mehr Transparenz: Die SP macht sich für eine regelmässige Rechenschaftspflicht der Nationalbank gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit stark. Schliesslich muss der gesetzliche Auftrag an die Nationalbank erweitert und ergänzt werden. Die enge und dogmatische, auf die Wahrung der Preisstabilität fixierte Interpretation ihres Auftrags führt zu einseitigen und falschen Entscheiden: Auch ein hoher Beschäftigungsgrad und stabile Wechselkurse gehören ins Pflichtenheft einer gemeinwohlorientierten Nationalbank.

**A-28; Juso: Ergänzung**

(...) Das ist weder sinnvoll noch zeitgemäss. Währungspolitik ist Wirtschaftspolitik und damit demokratisch verhandelbar. Die SP setzt sich für eine Ausweitung des Direktoriums unter expliziter Berücksichtigung von VertreterInnen der Arbeitnehmenden in der Schweiz ein. Zudem braucht es mehr Transparenz: Die SP macht sich für eine regelmässige Rechenschaftspflicht der Nationalbank gegenüber dem Parlament und der Bevölkerung stark. Schliesslich muss der gesetzliche Auftrag an die Nationalbank erweitert und ergänzt werden. Die enge und dogmatische, auf die Wahrung der Preisstabilität fixierte Interpretation ihres Auftrags führt zu einseitigen und falschen Entscheiden: Auch ein hoher Beschäftigungsgrad, eine nachhaltige Anlagepolitik und stabile, international abgestimmte Wechselkurse gehören ins Pflichtenheft einer gemeinwohlorientierten Nationalbank. Zuletzt braucht es ein Verbot von Währungsspekulation. Dass ungestraft auf den Kurs von Währungen gezockt und damit der Mehrheit der Menschen unglaublichen Schaden hinzugefügt werden kann, muss aufhören. Eine Steuer auf Devisentransaktionen zur Stabilisierung der Wechselkurse muss eingeführt werden, denn die Volatilität der Finanzmärkte nützt der Spekulation und schadet den Lohnabhängigen und der Realwirtschaft.

**Begründung:** Die Forderung nach einer demokratischen Geldpolitik, die sich aus dem neoliberalen Dogma befreit, ist sehr wichtig und wird von den Antragsstellenden unterstützt. Der Antrag ergänzt und vervollständigt den Abschnitt des Papiers mit den nötigen Forderungen rund um die Anlagepolitik der SNB, Wechselkurspolitik und damit zusammenhängend das Problem der Währungsspekulation.

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Modifizierte Annahme

**Begründung:** Die ersten drei Ergänzungen werden angenommen. Das Verbot von Währungsspekulation und die Steuer auf Devisentransaktionen gehört nicht unmittelbar zum Handlungsfeld „Nationalbank“. Will man an dieser Forderung festhalten, kann sie in der zweiten Antragsrunde als neuer Abschnitt eingegeben werden.

**A-29; SP Köniz:** Ergänzung um zusätzliche Idee

*KonsumentInnenmacht stärken: ... - und Bedarf auch zu koordinieren. Gibt ein Unternehmen vor, bei seiner Tätigkeit Prinzipien gesellschaftlicher Verantwortung zugrunde zu legen, tut dies in Wirklichkeit aber nicht, soll es rechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Darüber hinaus gibt es Modelle zu entwickeln ...*

**Begründung:** *Dieser Vorschlag ist von potentiell grosser Tragweite im Hinblick auf eine Stärkung der Verbindlichkeit und Wirksamkeit von freiwilligen Vereinbarungen und Selbstbindungen seitens privater Unternehmen. Die rechtlichen Voraussetzungen existieren, doch sind sie bislang ungenutzt.*

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Die Idee hinter dem Vorschlag ist durchaus interessant. Mit dem Antrag wird ein Grundproblem von Modellen der Corporate Social Responsibility angesprochen: Wie mit der Diskrepanz zwischen der Darstellung gegen aussen und dem tatsächlichen Handeln von Unternehmen umgehen? Allerdings bleiben die Idee und deren Umsetzung noch unklar. Auch wäre die Forderung eher auf Ebene der Unternehmen anzusiedeln und nicht beim Handlungsfeld der KonsumentInnenmacht. In diesem Zusammenhang gilt es auch zu bedenken, dass Mitbestimmungsrechte für Mitarbeitende (und allenfalls weiterer Stakeholder), also die Veränderung der Machtverhältnisse in einem Unternehmen, aus wirtschaftsdemokratischer Sicht die zentrale Antwort auf die Frage ist, wie wir zu verantwortungsbewusste Unternehmen gelangen. Will die SP Köniz dennoch an der Idee festhalten, schlägt die GL vor, dass sie in der zweiten Antragsrunde einen eigenen, etwas ausführlicheren Punkt zur Thematik einbringt.

5. **KonsumentInnenmacht stärken:** Durch ihre Kauf- resp. Nicht-Kaufentscheidungen können KonsumentInnen zum Durchbruch einer zukunftsfähigen Wirtschaft beitragen. Die SP setzt sich ein für umfassende und verbindliche Transparenz- und Rechenschaftsvorschriften und eine aktive Mitwirkung des Staates bei der globalen Standardisierung von Labels. Private wie öffentliche Zertifizierungsbemühungen auf allen Ebenen sind zu unterstützen – und bei Bedarf auch zu koordinieren. Darüber hinaus gilt es Modelle zu entwickeln und zu stärken, die den Einfluss von KonsumentInnen (als wesentliche Stakeholder) auf unternehmerische Entscheidungen vergrössern. Die bewährten Formen der Konsumgenossenschaften (Coop, Migros, Landi, Volg) können als Vorbild dienen und mit dem Ziel einer Demokratisierung neu belebt werden.

**A-30; Juso:** Streichen

*Den ersten Satz streichen: „Durch ihre Kauf- resp. Nicht-Kaufentscheidungen können KonsumentInnen zum Durchbruch einer zukunftsfähigen Wirtschaft beitragen.“*

**Begründung:** *Die Wurzel der heute herrschenden globalen Klima-, Ernährungs- und Energiekrise liegt bei der herrschenden Produktionsweise in einem*

*Wirtschaftssystem, das sich ausschliesslich an der Profitmaximierung orientiert. Als Sozialdemokrat\_innen lehnen wir es ab, diese Krisen als konsumverursacht abzutun. Deshalb stehen wir zu Gunsten der Emanzipierung der Konsument\_innen für Transparenzstandards und Labels ein, denn sie brauchen die nötigen Informationen, um ihre Kaufentscheidungen zu treffen. Es ist jedoch eine Illusion und steht diametral gegen die sozialdemokratische Analyse zu behaupten, damit könne der Durchbruch zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft erreicht werden.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Auch als KonsumentInnen tragen wir eine gewisse Verantwortung. Die Seite der Produktion (inkl. Werbung etc.) ist zwar dominant, sie determiniert unser Verhalten aber nicht. Gerade im privilegierten globalen Norden, und gerade wenn wir über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügen, ergeben sich gewisse Handlungsspielräume beim Konsum. Emanzipierung, Labels, Transparenz tragen dazu bei, dass wir diese Handlungsspielräume nutzen können. Dass Kauf resp. Nicht-Kaufentscheidungen alleine den Durchbruch zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft bringen, ist tatsächlich eine Illusion. Das wird aber auch nirgends behauptet. Es geht einzig um einen Beitrag zu diesem Durchbruch.

6. **Boden als Gemeingut sichern:** Der Boden ist das Fundament des menschlichen Lebens – und somit auch Grundlage einer zukunftsfähigen Wirtschaft. Als Gemeingut darf der Boden nicht der Profitmaximierungslogik des Kapitals ausgeliefert werden. Die SP macht sich für ein Bodenrecht stark, das der Spekulation ein Ende bereitet und planungsbedingte Bodenrenten mit einer Steuer abschöpft. Die SP wirkt zudem darauf hin, dass die öffentliche Hand Landreserven nicht an Private veräussert, sondern durch Landkäufe mehr Boden in den demokratischen Wirkungsbereich zurückholt. Antworten auf die Exzesse im Wohnungsmarkt sind die Stärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus und insbesondere die Förderung von Wohnbaugenossenschaften.

*A-31; Juso: Ergänzung*

***Boden als Gemeingut sichern:** Der Boden ist das Fundament des menschlichen Lebens – und somit auch Grundlage einer zukunftsfähigen Wirtschaft. Als Gemeingut darf der Boden nicht der Profitmaximierungslogik des Kapitals ausgeliefert werden. Die SP macht sich für ein Bodenrecht stark, das der Spekulation ein Ende bereitet und planungsbedingte Bodenrenten mit einer Steuer abschöpft. Die SP wirkt zudem darauf hin, dass die öffentliche Hand Landreserven nicht an Private veräussert, sondern durch Landkäufe mehr Boden in den demokratischen Wirkungsbereich zurückholt. Antworten auf die Exzesse im Wohnungsmarkt sind die Stärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, die flächendeckende Einführung der Kostenmiete und insbesondere die Förderung von Wohnbaugenossenschaften.*

***Begründung:** Neben der wichtigen Stärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus ist die Kostenmiete ein eines der wirksamsten Mittel gegen die Profitlogik im Wohnungsmarkt und war auch bisher eine zentrale Forderung der SP.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Annahme

**A-32; SP Kőniz: Prāzisierung**

*Boden als Gemeingut sichern: .... Die SP wirkt zudem darauf hin, dass die 鰂fentliche Hand Landreserven nicht an Private nur im Baurecht und unter wirtschaftlich angemessenen Bedingungen abgibt und ...*

**Entscheid der Geschāftsleitung:** Annahme

7. **Regionale Vertragslandwirtschaft fōrdern:** Das beste Mittel, um regionale, saisongerechte und unter fairen Arbeitsbedingungen produzierte Lebensmittel sicher zu stellen, sind Genossenschaften oder Vereine, die ProduzentInnen und KonsumentInnen zusammenbringen und eine bedarfsgerechte demokratische Planung ermōglichen.<sup>6</sup> Auf diese Weise gelingt es, Bedūrfnisse der KonsumentInnen mit den Anforderungen einer nachhaltigen Landwirtschaft zu verbinden.
8. **Regionale Energieversorgung:** Einer nachhaltigen Energieversorgung stehen nicht zuletzt die Profitinteressen der grossen Energiekonzerne im Weg. Gemeinden und Regionen sollen sich das Ziel einer dezentral organisierten, im besten Falle selbstversorgenden Energieversorgung setzen und ihre eigenen Energiequellen nutzen. Solar-, Wind-, Wasser- und Biomassekraftwerke bieten dazu viele Mōglichkeiten. Damit wird unsere Abhāngigkeit von fossilen Energiequellen reduziert, wāhrend demokratische Verfahren und die regionale Wirtschaft gestärkt werden.

**A-33; Juso: Ergānzung um eine Forderung**

***Arbeitszeitverkūrzungen:** Die Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben in und mit der Gesellschaft werden nicht nur durch soziale Sicherungssysteme, fair vergūtete Erwerbsarbeit und Mitbestimmung im Unternehmen erhōht. Heute kommt der freien Verfügbarkheit über die eigene Lebenszeit eine wachsende Bedeutung zu. Vor dem Hintergrund der rasanten Produktivitätssteigerungen der letzten Jahrzehnte ist eine gerechtere Verteilung der Arbeit angezeigt. Arbeitszeitverkūrzungen bei gleichbleibendem Lohn sind ein geeignetes Mittel dazu. Eine Allgemeine Erwerbsversicherung (AEV) ist ein weiterer sinnvoller Schritt in diese Richtung, für deren Realisierung sich die SP stark macht.*

***Begrūndung:** Angesichts der sogenannten „Vierten Industriellen Revolution“ ist es essentiell, als Linke die Debatte rund um die Verteilung des Wohlstandsgewinn zu lancieren. Wohlstandsgewinn, insbesondere durch den technologischen Fortschritt bzw. Produktivitätssteigerungen verursacht, gehört der arbeitenden Bevōlkerung, die ihn erwirtschaftet hat. Geeignete Mittel dazu sind Arbeitszeitverkūrzungen bei gleichbleibendem Lohn und die Einfūhrung einer Allgemeinen Erwerbsversicherung.*

**Entscheid der Geschāftsleitung:** Modifizierte Annahme.

**Begrūndung:** Der Hinweis auf die Allgemeine Erwerbsversicherung wird an dieser Stelle weggelassen und stattdessen beim Handlungsfeld „Care-Sektor“ (Punkt 15) eingefūgt (siehe A-48).

<sup>6</sup> Schweizweit gibt es bereits entsprechende Initiativen; siehe u.a. den Verband regionale Vertragslandwirtschaft RVL (<http://www.regionalevertragslandwirtschaft.ch/verband/>).

## Zukunftsfähige Wirtschaftsweisen fördern

9. **Förderartikel in der Bundesverfassung:** Ein Förderartikel in der Bundesverfassung soll den Stellenwert der demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft in der gesamten Schweiz erhöhen und ihre gezielte Stärkung ermöglichen. Die Förderung braucht entsprechende finanzielle Mittel (siehe Punkt 11-13) und ist an Kriterien festzumachen, die grundsätzlich unabhängig von der Rechtsform eines Unternehmens sind.<sup>7</sup>

**A-34; SP Kőniz:** *neuer Absatz*

*9a. Verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln gegenüber Gesellschaft und Umwelt: Im Einklang mit internationalen Standards und unter deren aktiver Mitgestaltung sollen mit rechtsverbindlichen oder weiteren geeigneten Massnahmen unternehmerische Sorgfaltspflichten sowie Bestimmungen zur Rechenschaftsablage in finanziellen und nichtfinanziellen Angelegenheiten etabliert, gefőrdert und durchgesetzt werden.*

*Begrőndung:* Die Főrdernng und Schaffung verbindlicher Standards im Hinblick auf ein verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln stellt eine zentrale Forderung fortschrittliche Politik in der heutigen internationalen und nationalen Debatte (siehe etwa: Konzernverantwortungsinitiative) dar.

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Modifizierte Annahme.

**Ergānzung:** Der Antrag wird als neues Handlungsfeld aufgenommen. In einer Fussnote soll zudem auf die Konzernverantwortungsinitiative verwiesen werden

10. **Unternehmensrechtsformen:** Rechtsformen, die auf den Prinzipien einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft beruhen, sollen gestärkt werden. Die Form der Produktionsgenossenschaft, die Unternehmen zu einem eigenen Subjektstatus verhilft, kann als Vorbild dienen – und ihr soll zu neuer Attraktivität verholfen werden. International gibt es aber auch weitere Ansätze (z.B. Benefit Corporation<sup>8</sup>). Einem dem Gemeinwohl und der individuellen Freiheit verpflichteten Staat stehen dann verschiedene Möglichkeiten offen, solche Unternehmen zu főrdern: Mithilfe der Kantonalbanken oder eines Fonds (siehe Punkte 11 & 13), im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe, durch das Angebot bestimmter (neuer) öffentlicher Dienste zu tiefen Tarifen (z.B. EDV, Buchhaltung) oder durch gerechte Steuerermässigungen.

**A-35; SP Bern Altstadt-Kirchenfeld:** *Streichen*

*Streichen der letzten zwei Sätze über die Főrdernng bestimmter Unternehmensrechtsformen.*

*Begrőndung:* Das Kriterium, ob ein Unternehmen mit öffentlichen Mitteln gefőrdert wird, muss sein, ob seine Leistungen einen öffentlichen Zweck erfüllen (z.B. Infrastruktur-Investitionen im Service Public, niederschwelliger Zugang zu

<sup>7</sup> Siehe bspw. die Kriterien der Sozialen und Solidarischen Ökonomie in Genf ([http://public.apres-ge.ch/sites/test.intranetgestion.com/files/Kriterien\\_fur\\_die\\_Aufnahme\\_in\\_die\\_Genfer\\_Kammer\\_1.pdf](http://public.apres-ge.ch/sites/test.intranetgestion.com/files/Kriterien_fur_die_Aufnahme_in_die_Genfer_Kammer_1.pdf)) oder der Gemeinwohl-Ökonomie (<https://www.ecogood.org/de/gemeinwohl-bilanz/gemeinwohl-matrix/>).

<sup>8</sup> Benefit Corporation ist eine ursprünglich aus den USA stammende Unternehmensform, die eine bessere Vereinbarung von Gemeinwohl und privatwirtschaftlichem Nutzen erlauben soll. Seit Ende 2015 ist sie auch in Italien rechtlich anerkannt (siehe: <http://bcorporation.eu/>).

*Kulturangeboten etc.). Die Art des Wirtschaftens hingegen ist kein Kriterium für staatliche Förderung oder Steuerprivilegien.*

*Die Förderung bestimmter Unternehmensrechtsformen in Handlungsfeld 10 widerspricht direkt dem letzten Satz im Vorangehenden Handlungsfeld 9. Die Rechtsform sagt nichts über das Wirtschaftsgebahren aus – es gibt undemokratische Genossenschaften genauso wie nachhaltig handelnde Aktiengesellschaften.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Annahme.

**Begründung:** Die Annahme des Streichungsgrundes erfolgt, weil die beiden Sätze tatsächlich im Widerspruch zu den Ausführungen in Handlungsfeld 9 stehen. Der erste Teil der Begründung der SP Köniz wird hingegen explizit nicht geteilt. Es ist eines der Ziele des Papiers, die *Art des Wirtschaftens* (und damit auch die Unternehmen als Organisationen) eben nicht länger für irrelevant zu erklären. Diese Thematik soll politisiert werden, es braucht ein Bewusstsein für die Bedeutung nach welcher Logik ein Unternehmen funktioniert und wie es aufgebaut ist. Der Staat ist dazu da, die Interessen des Gemeinwohls zu vertreten. Eine Förderung von Unternehmen, die sich einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaftsweise verschreiben, entspricht dieser Aufgabe.

11. **Kantonalbanken zu Akteuren einer zukunftsfähigen Wirtschaft machen:** Die Kantonalbanken befinden sich – grösstenteils – im öffentlichen Eigentum. Das ist eine riesige Chance! Kantonalbanken kommt eine besondere gesellschaftliche Verantwortung zu. Es gehört zu ihrem Auftrag, eine sozial und ökologisch nachhaltige Wirtschaft zu fördern. Die Einflussmöglichkeiten der Politik auf die strategische Ausrichtung der Kantonalbanken müssen stärker in diesem Sinne genutzt werden. Bei der Unterstützung von lokal und regional verankerten KMUs und beim sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft sollen Kantonalbanken eine zentrale Rolle spielen.

**A-36; SP Bern Altstadt-Kirchenfeld: Ersatzloses Streichen Punkt 11**

**Begründung:** (Kantonal)Banken haben ihre Kreditpolitik nach Risikokalkulationen auszurichten. Mehrere Kantone haben in den 90er-Jahren teuer dafür bezahlt, dass ihre Kantonalbanken Kredite nach politisch motivierten Kriterien vergeben haben.

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Der Staat ist aus sozialdemokratischer Sicht u.a. dazu da, die Interessen des Gemeinwohls zu vertreten. Vor diesem Hintergrund ist das Anliegen, die Kantonalbanken stärker in die Verantwortung zu ziehen, wenn es um die notwendige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zu mehr Demokratie, Ökologie und Solidarität geht, nur folgerichtig. Natürlich ist auch unter solchen Rahmenbedingungen eine seriöse Risikokalkulation bei der Kreditvergabe zu betreiben – das eine schliesst das andere aber nicht aus. Im Zuge der letzten Finanzkrise war es die vorherrschende (neoliberale) „ökonomische Rationalität“, die auch bei Kantonalbanken zu hohen Verlusten führte. Wenn wir eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft wollen, dann geht es darum, die Frage ökonomischer Rationalität, die Frage nach dem Sinn und Zweck von Wirtschaft, wieder zu politisieren und die uns zur Verfügung stehenden Hebel zu nutzen, eine zukunftsfähige Wirtschaft voranzubringen.

**A-37; SP Bern Holligen:** Neuer Punkt „Digitale Commons gegen Regime von Informationsmonopolen“ in Unterkapitel „zukunftsfähige Wirtschaftsweisen fördern“

*Forderung:* Im Kontext der Digitalisierung hat sich der Zugang zu kulturellen Werken und Wissensgüter radikal verändert, weshalb auch so viele Menschen wie nie zuvor die Möglichkeit haben zur intellektuellen Wertschöpfung beizutragen. In den letzten Jahrzehnten sind deshalb verschiedene Bewegungen entstanden (Free-Software, Free-Culture und Access-to-Knowledge), in welchen innerhalb von freiwilligen Gemeinschaften digitale Commons (Informationsressourcen) gemeinsam verwaltet werden. Diese Ressourcen werden gemeinschaftliches statt privates oder öffentliches Eigentum und stellen damit ein anderes Modell gesellschaftlicher Produktion dar. Durch ihre Ethik und Praktiken beinhalten die digitalen Commons sowohl wirtschaftlich, als auch gesellschaftlich einen Paradigmenwechsel, weshalb sie auf allen politischen Ebenen einen schweren Stand haben, sich gegen kommerzielle Interessen durchzusetzen. Für die SP gilt es daher, die Umrisse einer neuen Informationsordnung zu schaffen und die nötigen Rahmenbedingungen zu setzen.

*Begründung:* Die vorgeschlagene Massnahme ist ein wichtiges Handlungsfeld für die von der SP geforderte alternative Wirtschaft. Damit soll das Wissen in der Gesellschaft besser und gerechter verteilt werden.

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Annahme

**A-38; SP60+:** Neuer Absatz am Ende

*Die Postfinance soll möglichst gleich lange Spiesse erhalten wie ihre Konkurrenz. Sie soll weder von Vorteilen profitieren noch darf sie durch einseitige Auflagen benachteiligt werden.*

***Begründung:** Aufgrund des Kredit- und Hypothekenvergabeverbots ist Postfinance zu überproportionalen Auslandsanlagen gezwungen und finanziert so insbesondere ausländische Unternehmen. Dies erhöht das volkswirtschaftliche Risiko der Inanspruchnahme der Staatsgarantie und ist nicht im Interesse der Allgemeinheit.*

*Die heutige Vergabe der Hypotheken erfolgt in Kooperation mit der Münchner Hypothekenbank. Dies bedeutet, dass ein grosser Teil der Marge in diesem Geschäft in Deutschland anfällt. Das ist aus volkswirtschaftlicher Sicht sehr schädlich.*

*Zusätzlich ist aufgrund des Kredit- und Hypothekenvergabeverbots Postfinance zu überproportionalen Einlagen bei der Nationalbank gezwungen. Diese überschreiten die Freigrenze für die Erhebung von Negativzinsen deutlich. Dies führt zu einer ungünstigen Kostenstruktur und verschlechtert damit die Wettbewerbsfähigkeit von Postfinance.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Die Postfinance kann nicht einfach mit zwei Sätzen als Anhängsel des Handlungsfelds „Kantonalbanken“ thematisiert werden. Wenn das Thema aufgenommen werden soll, braucht es in der zweiten Antragsrunde eine etwas ausführlichere Version, die dann als eigenes Handlungsfeld beantragt werden müsste.

12. **Pensionskassengelder nutzen:** Die Schweizer Pensionskassen verwalten riesige Vermögenswerte. Die Arbeitnehmenden sind in den Stiftungsräten vieler Pensionskassen paritätisch vertreten, was ihnen zu einem grossen wirtschaftlichen Machtpotenzial verhilft. Als Grossaktionäre können Pensionskassen auf die strategischen Entscheidungen von Unternehmen Einfluss nehmen. Dieses Potenzial muss besser genutzt werden. Dazu braucht es die gezielte Ausbildung und kollektive (gewerkschaftliche) Einbindung von StiftungsrätInnen. Gesetzliche Verpflichtungen sollen darüber hinaus sicherstellen, dass Pensionskassengelder nur in demokratisch, ökologisch und solidarisch wirtschaftende Unternehmen oder Fonds (siehe Punkt 13) investiert werden.

**A-39; SP Bern Altstadt-Kirchenfeld: Ergänzung mit zusätzlichem Punkt**

**Verantwortungsvolle Pensionskassen:** *Über ihre Pensionskassenvermögen sind die Arbeitnehmer die grössten Kapitaleigner in diesem Land. Mit ihrer einseitig an Kapitalrendite orientierten Anlagepolitik verraten die meisten Pensionskassen aber die eigentlichen Interessen ihrer Kapitaleigner. Als Grossaktionäre können und müssen die Pensionskassen auf die strategischen Entscheidungen von Unternehmen Einfluss nehmen, zum Beispiel im Kampf gegen Spekulation, gegen Grossfusionen und Monopole oder gegen überzogene Management-Gehälter. Pensionskassen sind ausschliesslich als paritätisch organisierte Stiftungen zu führen, welche unter einer nachhaltigen Kapitalanlage dem Vorsorgegedanken für die Versicherten verpflichtet sind.*

*Dazu braucht es die gezielte und kollektive (gewerkschaftliche) Einbindung von Stiftungsräten und die Förderung nachhaltig ausgerichteter Anlagestiftungen.*

**Begründung:** *Handlungsfeld 12 (S. 10) geht zurecht auf das gewaltige Potenzial der Pensionskassen ein. Allerdings wird dieses Handlungsfeld nur im Zusammenhang mit der Förderung der alternativen, zukunftsfähigen Wirtschaft erwähnt. Noch wichtiger sind die Pensionskassen aber im Bereich Zählung des Kapitalismus, insbesondere im Einfluss auf die börsenkotierten Grossunternehmen. Der vorgeschlagene neue Absatz führt diesen Zusammenhang im richtigen Kapitel ein. Insbesondere trägt er auch dem Gedanken Rechnung, dass Pensionskassen nicht nur dem Renditegedanken verpflichtet sind, sondern auch einer nachhaltigen Wirtschaft, welche der Bedürfnisse der Versicherten und der Allgemeinheit nachkommt.*

*Eine Annahme dieses Antrages würde eine Umformulierung Handlungsfeld 12 mit sich ziehen (Doppelspurigkeiten).*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Modifizierte Annahme

**Begründung:** Mit dem Antrag werden verschiedene wichtige Ergänzungen zu den Ausführungen in Punkt 12 in der Originalversion gemacht. Zwei Massnahmen/Handlungsfelder zu Pensionskassen sind aber nicht sinnvoll. Es werden deshalb alle relevanten Aspekte im Zusammenhang mit Pensionskassen in einem Punkt zusammengeführt. Dieser Punkt wird zudem ins Unterkapitel „Mehr Demokratie – Mitbestimmung und Beteiligung ausbauen“ verschoben. Die neue Formulierung, die auch den modifiziert angenommenen Antrag A-40 der Juso beinhaltet, lautet:

**„Verantwortungsvolle Pensionskassen:** Über ihre Pensionskassenvermögen sind die Arbeitnehmer die grössten Kapitaleigner in diesem Land. Mit ihrer einseitig an Kapitalrendite orientierten Anlagepolitik verraten die meisten Pensionskassen aber die eigentlichen Interessen ihrer Kapitaleigner. Als Grossaktionäre können und müssen die Pensionskassen auf die strategischen Entscheidungen von

Unternehmen Einfluss nehmen, zum Beispiel im Kampf gegen Spekulation, gegen Grossfusionen und Monopole oder gegen überzogene Management-Gehälter. Gesetzliche Verpflichtungen sollen darüber hinaus sicherstellen, dass Pensionskassengelder nur in demokratisch, ökologisch und solidarisch wirtschaftende Unternehmen oder Fonds (siehe Punkt 13) investiert werden. Das bedeutet, dass Unternehmen, welche Umweltstandards verletzen, Menschenrechte missachten, Kriegsmaterial herstellen oder fossile Energien fördern, von Investitionen auszuschliessen sind. Pensionskassen sind als paritätisch organisierte Stiftungen zu führen, welche unter einer nachhaltigen Kapitalanlage dem Vorsorgegedanken für die Versicherten verpflichtet sind. Um das Machtpotenzial der ArbeiterInnen besser nutzen zu können, braucht es die gezielte Ausbildung und kollektive (gewerkschaftliche) Einbindung von StiftungsrätInnen.“

**A-40; Juso: Ergänzung**

*Gesetzliche Verpflichtungen sollen darüber hinaus sicherstellen, dass Pensionskassengelder nur in demokratische, ökologische und solidarisch wirtschaftende Unternehmen oder Fonds investiert werden. Insbesondere Unternehmen, welche Umweltstandards verletzen, Menschenrechte missachten, Kriegsmaterial herstellen oder fossile Energien fördern, müssen von Investitionen ausgeschlossen werden.*

**Begründung:** Gerade im Bereich der nachhaltigen Investitionen ist es wichtig, klare Leitlinien zu setzen und z.B. Menschenrechte explizit zu erwähnen, damit die Anschlussfähigkeit der Forderung nicht verloren geht und die Verständlichkeit gegeben ist. Auch sind Leitlinien wichtig, um sich abgrenzen zu können vom in der Finanzwelt stark wachsenden Nachhaltigkeits-Bereich, dessen Finanzinstrumente jedoch oft keine strikten Ausschlusskriterien beinhalten und weit von den hier dargelegten Vorstellungen entfernt ist.

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Modifizierte Annahme

**Begründung:** siehe Begründung A-39 SP Bern Altstadt-Kirchenfeld zu Pensionskassen.

13. **Zukunftsfonds:** Neben fortschrittlichen Banken, die bereits heute Teil der Lösung sind, soll ein Zukunftsfonds helfen, den Übergang hin zu einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft zu finanzieren (siehe Punkte 9 & 10). Zum Einsatz kommen soll der Fonds u.a. bei einem geplanten Verkauf resp. einer Schliessung von KMUs. In solchen Fällen brauchen die Mitarbeitenden ein Vorinformations- und Vorkaufsrecht. Wenn sie eine wirtschaftlich nachhaltige Lösung zur Weiterführung des Unternehmens (z.B. als Genossenschaft) finden, es ihnen aber am nötigen Kapital für die Übernahme fehlt, dann sollen sie sich beim Zukunftsfonds um eine Übergangsfinanzierung (5-10 Jahre) bewerben können.<sup>9</sup> Über die Verwendung der Gelder soll eine zivilgesellschaftlich breit abgestützte und demokratisch aufgebaute Förderinstitution befinden. Ein solcher Zukunftsfonds erlaubt es, die primär auf Profitmaximierung ausgerichteten Förderkriterien von konventionellen Banken und anderen Finanzmarktakteuren zu umgehen. Es gibt

<sup>9</sup> Eine ähnliche Regelung findet sich im französischen Gesetz zur Sozialen und Solidarischen Ökonomie. Die Arbeitnehmenden in Frankreich haben die Möglichkeit, einen Betrieb in der Rechtsform einer Société coopérative et participative (SCOP) weiterzuführen, auch wenn ihnen das für eine Übernahme nötige Kapital fehlt. Die Belegschaft hat dann sieben Jahre Zeit, um eine Kapitalmehrheit zu erreichen.

verschiedene Möglichkeiten zur Öffnung eines entsprechenden Fonds. Eine Finanzierung durch Pensionskassengelder würde es erlauben, diese Gelder aus dem zunehmend spekulativen und wertvernichtenden Kapitalkreislauf abzusaugen und sie langfristig und sicher anzulegen. Mit einer gezielten Kapitalgewinn- oder Bonussteuer, die zur Finanzierung eines solchen Fonds eingesetzt würde, käme es zu einer gesellschaftlich erwünschten Umverteilung von der profitmaximierenden und nicht nachhaltigen, zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft.

**A-41; SP Thurgau:** *Streichen des zweitletzten Satzes.*

*Forderung:* ~~Zweitletzten Satz Streichen: Eine Finanzierung durch Pensionskassengelder würde es erlauben, diese Gelder aus dem zunehmend spekulativen und wertvernichtenden Kapitalkreislauf abzusaugen und sie langfristig und sicher anzulegen.~~

*Begründung:* *Gelder, welche zur Rettung eines vom Kapitaleigentümer aufgegebenen Unternehmens eingesetzt werden, müssen auch verloren werden können. Die Pensionskassen stehen jedoch unter einem hohen Profitdruck, welcher mit diesen Unternehmen vermutlich nicht erwirtschaftet werden kann – sonst würden Banken das Geschäft wittern und solche Projekte von sich aus unterstützen.*

*Wir halten die danach genannte Kapitalgewinn- oder Bonussteuer für den viel wichtigeren Vorschlag zur Finanzierung des Zukunftsfonds.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Annahme.

**Begründung:** Das Argument der sicheren Anlage von Pensionskassengeldern leuchtet ein. Gleichzeitig ist die Übergangsfinanzierung von Unternehmen, die neu von den Mitarbeitenden übernommen werden, aber auch nur ein mögliches Einsatzfeld des Zukunftsfonds. Eine Bemerkung noch zum hohen Profitdruck der Pensionskassen, der in der Begründung des Antrags angesprochen wird: Das ist ein Problem, die SP darf es aber nicht quasi als Naturereignis hinnehmen. Die längerfristige Herausforderung besteht ja gerade darin, Lösungen für die Altersvorsorge und generell den Wohlfahrtsstaat zu finden, die – auch im internationalen Kontext – gerecht und nachhaltig sind und deshalb nicht mehr auf profitmaximierenden Pensionskassen u.Ä. basieren können.

**A-42; SP Bern Altstadt-Kirchenfeld:** *Ersatzloses Streichen Punkt 13*

*Begründung:* *Der Zukunftsfond mag sympathisch klingen, lässt aber in erster Linie öffentliche Gelder versickern. Das Kriterium, ob ein Unternehmen mit Mitteln der Allgemeinheit gefördert wird, muss sein, ob seine Leistungen einen öffentlichen Zweck erfüllen (z.B. Infrastruktur-Investitionen im Service Public, niederschwelliger Zugang zu Kulturangeboten etc.) oder nicht. Die Art des Wirtschaftens hingegen ist kein Kriterium für öffentliche Förderung.*

*Dazu kommt die Befürchtung, dass der Zukunftsfond zu einem Sammelbecken jener Projekte würde, deren Finanzierung selbst für die Spekulanten-Banken zu unsicher sind.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Es ist eines der Ziele des Papiers, die *Art des Wirtschaftens* (und damit auch die Unternehmen als Organisationen) eben nicht länger als eine Blackbox zu betrachten, sondern dieses Thema vielmehr zu politisieren resp. das Bewusstsein für die Bedeutung nach welcher Logik ein Unternehmen funktioniert und wie es aufgebaut ist, zu schärfen. Der Staat ist aus sozialdemokratischer Sicht u.a. dazu da, die Interessen des Gemeinwohls zu vertreten. Eine positive

Diskriminierung von Unternehmen, die sich einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaftsweise verschreiben, entspricht genau diesem Verständnis.

14. **Service public verteidigen und ausweiten:** Der im internationalen Vergleich nach wie vor starke Service public ist ein Glücksfall für die Schweiz. Service public bedeutet im Kern gemeinwohlorientierte Wirtschaft. Service public-Unternehmen sind deshalb als wichtige Akteure einer zukunftsfähigen Wirtschaft zu begreifen – und im konstruktiven Zusammenspiel von Politik und Management dementsprechend auszurichten. Die SP verteidigt den Service public nicht nur, sie setzt sich für dessen Revitalisierung und die gezielte Ausweitung dieses Grundprinzips auf weitere Bereiche ein. Der immer wichtiger werdende Care-Sektor (siehe Punkt 15), aber auch für das tägliche Funktionieren der Gesellschaft unerlässliche Finanzdienste oder Teile des Pharmabereichs sind entsprechende Beispiele.<sup>10</sup>

**A-43; SP Bern Holligen: Umformulierungs- und Verschiebungsantrag: Massnahme 14 „Service public“ von Unterkapitel „zukunftsfähige Wirtschaftsweisen fördern“ nach Unterkapitel „Mehr Demokratie - .....“ (Massnahmen 1-8)**

*Forderung:* Der im internationalen Vergleich nach wie vor starke Service Public ist ein Glücksfall für die Schweiz, doch er ist bedroht. Die Güter und Dienstleistungen des Service publics stehen allen Menschen unserer Gesellschaft zur Verfügung im Wissen, dass ein grosser Teil von ihnen sich mit eigenen Mitteln diese Angebote nicht leisten könnte. Service public heisst deshalb «Für alle statt für wenige» und bedeutet im Kern gemeinwohlorientierte Wirtschaft. Neben den Verwaltungen sind heute auch grosse und wichtige Bereiche der Wirtschaft über öffentliche Unternehmungen staatlich kontrolliert und gesteuert. Es handelt sich dabei um eine politisch definierte Grundversorgung an Infrastrukturgütern und -dienstleistungen, die zu verteidigen eine selbstverständliche und andauernde Aufgabe der Sozialdemokratie ist. Diese Grundversorgung ist eine zentrale Voraussetzung für eine breite Durchsetzung der Menschen- und Sozialrechte und damit der Demokratisierung der Wirtschaft.

*Begründung:* Öffentliche Güter und Dienstleistungen sind Voraussetzung für den Zusammenhalt der Gesellschaft, die Teilhabe und die Verwirklichung der Menschenrechte. Der Service Public legitimiert sich dank demokratischer Kontrolle.

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Modifizierte Annahme

**Begründung:**

Die Verschiebung ins Unterkapitel „Mehr Demokratie - .....“ wird vorgenommen.

**Ergänzung:** Am Ende der von den Antragsstellenden vorgeschlagenen Version wird, basierend auf A-44 der SP Ticino, folgender Satz ergänzt: „Gegen internationale Freihandelsabkommen, die einen solchen Service public in Frage stellen, leistet die SP Widerstand.“

Auf diesen Satz sollen, ebenfalls unter Einbezug von A-44 der PS Ticino, die Zukunftsperspektiven des Service publics thematisiert werden:

10 Der Thinktank *Denknetz* hat solche Modellvorschläge erarbeitet, siehe [http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Working\\_Paper\\_Finanzdienste\\_als\\_Service\\_public\\_Juni\\_2010.pdf](http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Working_Paper_Finanzdienste_als_Service_public_Juni_2010.pdf) und [http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Denknetz\\_Investitionsagenda\\_BEat\\_Ringger.pdf](http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Denknetz_Investitionsagenda_BEat_Ringger.pdf)

**Ergänzung am Schluss:** Mit Blick in die Zukunft ist eines der Ziele, dass Unternehmen wie SBB, Post und Swisscom ihre spezifische Rolle als Service public-Unternehmen wieder stärker in den Vordergrund stellen. Auch das Verhältnis dieser Unternehmen zum demokratischen Staat, die Frage der staatlichen Einflussmöglichkeiten im Interesse des Gemeinwohls ist in diesem Kontext offen zu debattieren. Zudem scheint das Grundprinzip des Service public auch prädestiniert dafür zu sein, auf weitere Bereiche ausgeweitet zu werden. Der immer wichtiger werdende Care-Sektor (siehe Punkt 15), aber auch für das tägliche Funktionieren der Gesellschaft unerlässliche Finanzdienste oder Teile des Pharmabereichs sind entsprechende Beispiele.

**A-44; PS Ticino: Neuformulierung Punkt 14**

*Sostituire il punto 14 con il seguente: I servizi pubblici nel nostro Paese, come pure negli altri, dalla fine degli Anni Novanta, hanno subito forti cambiamenti dovuti alla politica neo-liberale tendente a liberalizzare e a privatizzare tutto quanto è potenzialmente redditizio. Sono peggiorati i servizi e sono peggiorate le condizioni di lavoro. Molti servizi pubblici sono stati ceduti a organismi che sfuggono al controllo da parte dell'ente pubblico oppure addirittura ad azionisti privati. L'obiettivo è stato stravolto: non si tratta più di fornire il miglior servizio possibile al minor prezzo possibile a cittadini/utenti, bensì di realizzare il miglior risultato finanziario possibile. L'utente/cittadino, portatore di diritti, è stato sostituito dal cliente, che può ottenere un servizio (anche essenziale) soltanto se è in grado di pagarlo. Questa politica dominata dal mercato porta alla progressiva distruzione del servizio pubblico e di diritti essenziali dei cittadini.*

*Il congresso del PSS di Thun, ribadisce la validità di quanto deciso nel congresso di Losanna del 31 ottobre 2011, durante il quale è stato risolto: "Il PS ritiene che solo un servizio pubblico controllato democraticamente – non solo dal punto di vista strategico ma anche operativo – può garantire prestazioni adeguate alla popolazione. In quest'ottica il PS chiede che le Swisscom siano ri-nazionalizzate e che Posta e Ferrovie siano sottoposte di nuovo al controllo diretto della Confederazione".*

*Va pure salvaguardata la natura pubblica della SSR, quale servizio pubblico radio – televisivo, garantendo alla stessa i necessari finanziamenti pubblici. Il PS opera inoltre affinché la medicina residenziale sia totalmente garantita dall'ente pubblico e sottratta alle logiche di mercato.*

*A questo scopo, il PS combatte ogni accordo internazionale che possa contrastare con questi principi e sostiene anche a livello locale (cantonale e comunale) le azioni tendenti a salvaguardare o a ripristinare il servizio pubblico. Per la realizzazione dei suoi obiettivi metterà inoltre in atto azioni adeguate e sistematiche.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** modifizierte Annahme.

**Begründung:** Die Stossrichtung des Antrags wird geteilt. Allerdings wird der Antrag der SP Holligen A-43 von der Form her als passender erachtet.

Die Frage der Institutionalisierung von SBB, Post oder Swisscom wird ebenfalls im Rahmen der Beantwortung des Antrags A-43 aufgenommen.

Das Thema der internationalen (Frei-)Handelsabkommen wird eingebaut, siehe A-43.

Der Aspekt der öffentlichen und regionalen medizinischen Versorgung soll in das Handlungsfeld 15 zu „Care“ eingebaut werden.

15. **Mehr nicht-profitorientierte Investitionen und mehr Demokratie für den Care-Sektor:** Während viele Industrie- oder Büroarbeiten als Folge technologischer Fortschritte immer schneller und mit weniger menschlicher Arbeitskraft erledigt werden können, erfordert die Care-Arbeit insgesamt mehr Zeit. Die Zahl der Pflegebedürftigen und teilweise auch die Pflegedauer nehmen als Folge medizinischer Fortschritte und der Alterung der Bevölkerung laufend zu. Heute stehen immer mehr Menschen, insbesondere Frauen, vor der Herausforderung, die eigene Erwerbsarbeit mit der Betreuung und Pflege von Angehörigen unter einen Hut zu bringen. Profitgesteuerte Rationalisierungsmassnahmen in der professionellen Pflege bringen keine sinnvollen Verbesserungen. Sie wirken sich im Gegenteil negativ auf die Pflegebedürftigen und die Pflegenden aus. Die SP setzt sich deshalb für eine Ausweitung öffentlicher resp. nicht-profitorientierter Investitionen in den Care-Sektor sowie dessen Demokratisierung – z.B. über Care-Räte, in denen sowohl Care-GeberInnen als auch Care-NehmerInnen vertreten sind – ein.<sup>11</sup> Wir wollen ein Gesundheitswesen, das im Sinne eines demokratischen Service public funktioniert. Die für die Investitionen benötigten Mittel sollen gezielt durch rückverteilende Steuern auf Unternehmensprofite und hohe Einkommen/Vermögen finanziert werden. Arbeitszeitreduktionen resp. die zumindest partielle Entkopplung von Einkommen und Erwerbsarbeit können überdies die persönliche Betreuung und Pflege von Familienmitgliedern erleichtern, wenn man/frau das will.

**A-45; SP Frauen: Streichung**

*Heute stehen immer mehr Menschen, insbesondere Frauen, vor der Herausforderung die eigene Erwerbsarbeit mit der Betreuung und Pflege von Angehörigen unter einen Hut zu bringen.*

**Begründung:** *Betreuungsarbeit ist nicht die Aufgabe insbesondere der Frauen, sondern von allen. Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind so, dass diese Arbeit im Moment vor allem bei den Frauen anfällt. Unser politisches Ziel müsste aber sein, dass diese Arbeit gerechter verteilt wird und dass eine echte Wahlfreiheit für Frauen und Männer entsteht.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Annahme

**A-46; SP60+: Ergänzung**

*Wir wollen ein Gesundheits- und Sozialwesen, das im Sinne eines demokratischen Service public funktioniert.*

**Begründung:** *Das mag etwas spitzfindig wirken. Man stellt aber immer wieder fest, dass die SP sehr auf die Gesundheitspolitik fokussiert ist und dabei übersieht, dass im Care-Bereich auch die Sozialpolitik tangiert wird. So sind zum Beispiel die meisten Angebote für Menschen mit Behinderung politisch und/oder gesetzlich dem Sozialwesen und nicht dem Gesundheitswesen zugeordnet. Wenn also von Care-Arbeit gesprochen wird, müssen immer beide Politikbereiche angeschaut werden.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Annahme

11 Siehe: Winker, Gabriela (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld.

**A-47; SP Bern Altstadt-Kirchenfeld: Änderung zweitletzter Satz**

*Die für die Investitionen benötigten Mittel sind wie andere öffentlichen Dienste vom Staat zu finanzieren. ~~sollen gezielt durch rückverteilende Steuern auf Unternehmensprofite und hohe Einkommen/Vermögen finanziert werden.~~*

**Begründung:** *Selbstverständlich sind auch wir dafür, dass Unternehmensprofite und hohe Einkommen stärker besteuert werden. Dies ist aber eine Frage der Steuergerechtigkeit und der Steuerpolitik, keine Frage der Care-Arbeit und der Wirtschaftsdemokratie. Wenn wir den Trend zur individuellen Finanzierung der Care-Arbeit bekämpfen wollen, muss diese als Service Public verstanden und wie jeder andere öffentliche Dienst über das ordentliche Budget finanziert werden. Sonderkässeli ohne kausalen Zusammenhang sind keine nachhaltige Finanzpolitik.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Annahme.

**A-48; SP Bern Altstadt-Kirchenfeld: Änderung letzter Satz**

*Die persönliche Betreuung und Pflege von Familienmitgliedern muss erleichtert werden, indem zeitlich begrenzte Arbeitszeitreduktionen staatlich finanziert werden und so Erwerbsarbeit und Einkommen zumindest partiell entkoppelt werden. Die von der SPS geforderte Allgemeine Erwerbsversicherung wäre eine mögliche Lösung dafür.*

**Begründung:** *Konkretisierung der Forderung.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Annahme.

16. **Vielfalt fördern und Freiräume sichern:** Der Staat soll die diversen zivilgesellschaftlichen Projekte, die die Möglichkeiten nachhaltiger Wirtschaftsweisen ausloten, aufnehmen und mittels spezifischer, an die jeweiligen Bedürfnisse angepasster Lösungen versuchen, zu deren längerfristigem Erfolg beizutragen. Der lokalen und regionalen Ebene, und damit der Gemeindepolitik, kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft braucht ein entsprechendes „Ökosystem“, um sich entwickeln zu können. Die Behörden resp. die Politik sind gefordert, produktiv mit gewissen Unwägbarkeiten umzugehen und sich, wenn nötig, dem Drang nach Kontrolle und (Über-)Regulierung zu widersetzen.

**A-49; SP Bern Altstadt-Kirchenfeld: Handlungsfelder 16-20 sind in einem Abschnitt zu vereinen und entsprechend zu kürzen.**

**Begründung:** *Die Punkte mögen allesamt legitim sein – wenn sie aber auf die gleiche Stufe gestellt werden wie die Mitbestimmungsrechte oder die Stärkung der KonsumentInnenmacht, haben sie zuviel Gewicht.*

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Ablehnung

**Begründung:** Eine Zusammenführung der Punkte ist der Übersicht abträglich. Einige Punkte mögen im Vergleich mit anderen weniger relevant sein, nicht überall ist diese Wertung aber ganz klar. Eine gewisse Gewichtung ist überdies mit der Reihenfolge der Unterkapitel bereits vorgenommen, zudem sind die Ausführungen zu den erwähnten Punkten schon eher kurz gehalten. Relevant ist zudem vor allem die Schwerpunktsetzung, die mit Blick auf den 2017 einer Delegiertenversammlung vorgelegten Aktionsplan (siehe A-53) vorgenommen werden muss. In diesem Prozess werden die Anliegen des Antrags mitberücksichtigt.

**A-50; SP Köniz: Streichung ganzer Absatz**

**Begründung:** Der Satz, wonach der lokalen und regionalen Ebene und damit der Gemeindepolitik eine entscheidende Rolle zukomme, übersieht, dass die wirtschaftsrechtlichen Kompetenzen weitgehend auf Kantons- und insb. Bundesebene liegen. Die Erwartungen an Behörden (mit Unwägbarkeiten umgehen; dem Dran nach Kontrolle und Regulierung..) sind unspezifisch, unklar oder unverständlich.

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Ablehnung.

**Begründung:** Das Papier will u.a. das Bewusstsein für vorhandene Spielräume schärfen. Diese werden zwar durch rechtliche Vorschriften auf unterschiedlichen Ebenen eingegrenzt, trotzdem existieren sie. Gerade in den Städten, in denen die Linke über Mehrheiten verfügt, gibt es diverse Möglichkeiten, Initiativen von unten gezielt zu unterstützen. Eine solche Politik kann als gestaltende Oppositionspolitik bezeichnet werden. Der im Antrag kritisierte Satz soll aber umformuliert werden: „Der Gemeinde-, Regional- und Kantonalpolitik, kommt dabei eine entscheidende Rolle zu.“

### **Bewusstsein und Anerkennung für eine zukunftsfähige Wirtschaft schaffen**

17. **Nationale Handelskammer einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft:** Nach Vorbild der Chambre de l'économie sociale et solidaire in Genf (Après-GE) und ähnlichen Institutionen im Ausland soll eine nationale Organisation die schweizweite und internationale Vernetzung sicherstellen und als Anlaufstelle für praxisrelevante Fragen dienen. Mittels Leuchtturmprojekten kann sie zudem das öffentliche Bewusstsein für die Möglichkeiten einer zukunftsfähigen Wirtschaft stärken.
18. **Nationale Statistiken:** Der Bundesrat soll die Realität(en) und den Nutzen der demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft endlich anerkennen und in den offiziellen Statistiken ausweisen.
19. **Grundlagenforschung:** Die Möglichkeiten und Herausforderungen einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft sollen gezielt erforscht und entwickelt werden, etwa durch das Instrument der Nationalen Forschungsprogramme (NFP).
20. **Ein realistisches Wirtschaftsbild vermitteln:** Von der Volks- bis zur Hochschule, ebenso wie in den allermeisten Massenmedien, bekommen wir grösstenteils ein sehr beschränktes Bild von Wirtschaft vermittelt: Gute Wirtschaft spiegle sich in steigenden Aktienkurse wider, heisst es etwa. Oder: Vom Eigennutz getriebene Menschen würden über den Markt auf wundersame Weise kollektiven Wohlstand schaffen. Dieses Bild von Wirtschaft dient primär den Interessen von Grossunternehmen und reichen Kapitaleignern und wird überdies den vielfältigen Realitäten des Wirtschaftens nicht gerecht. Lernziele und -inhalte sind deshalb zu überprüfen und anzupassen. Eine demokratische Gesellschaft ist auf Bürgerinnen und Bürger angewiesen, die die wirtschaftlichen Realitäten verstehen, und ihren Beitrag an eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft leisten können. Entsprechende Bestrebungen im Rahmen des Lehrplans 21 unterstützt die SP ebenso wie Weiterbildungsangebote zum Management sozialer und solidarischer Unternehmen an verschiedenen Wirtschaftshochschulen in der Romandie.

**A-51; SP Bern Altstadt-Kirchenfeld: Ersatzloses Streichen**

**Begründung:** Eine Verpolitisierung von Bildungsinhalten ist prinzipiell problematisch, erst recht in einem Land mit strukturell bürgerlichen Mehrheiten. Lehrpläne sollten fachlich-pädagogische Überlegungen abbilden und sind sinnvolles Thema eines wirtschaftspolitischen Papiers.

**A-52; SP Thurgau: Ersatzloses Streichen**

**Begründung:** In vielen Kantonen müssen wir uns zurzeit gegen die Verpolitisierung von Schule und Lehrplan wehren. Die SP Schweiz sollte da nicht mit einstimmen und selbst politisches Agendasetting in der Schule betreiben. Die Volksschule vermittelt über ihren Lehrplan allgemeingültiges und anerkanntes Wissen. Einen gesellschaftlichen Wandel kann die Schule nur nachvollziehen, nicht aber Wegbereiter dafür sein. Ein gutes Beispiel dafür ist die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE), welche im neuen Lehrplan einen hohen Stellenwert bekommen hat. Unsere Kritik am rein profitorientierten Wirtschaften muss also erst in der breiten Gesellschaft wieder ein grosses Thema sein, dann wird die Schule von sich aus nachziehen.

**Entscheid der Geschäftsleitung: Ablehnung A-51 und A-52**

**Begründung:** Das heute in Schulbüchern vermittelte Wirtschaftswissen basiert grösstenteils auf neoklassischen Theorien, die eben „Theorien“ sind – und zwar in wichtigen Bereichen erst noch umstrittene. Davon erfahren SchülerInnen, und vielfach auch Studierende, aber kaum etwas. Ihnen werden wirtschaftliche Zusammenhänge als quasi-natürliche Verhältnisse resp. als einfach zu akzeptierende Realität verkauft. Diese kulturelle Hegemonie, die das neoklassische (und neoliberale!) Denken zum „gesunden Menschenverstand“ werden lässt, ist eines der wesentlichen Probleme für die Linke. Dadurch werden Alternativen zum Status quo verhindert. Eine Politisierung der Frage, was Wirtschaft überhaupt ist, wie sie funktioniert und welchen Zielen sie folgt, ist eine wichtige Voraussetzung für eine alternative Wirtschaftspolitik.

**Der Horizont der Sozialdemokratie reichte immer über den Kapitalismus hinaus. Allein die Mega-Themen Ungleichheit, Klimawandel und Migration machen deutlich, dass diese Perspektive nach wie vor – und vielleicht mehr denn je – zwingend nötig ist.** Wenn wir heute eine gesellschaftliche Transformation in eine freiere und gerechtere Zukunft anvisieren, dann besteht unsere beste Chance darin, die klassisch-sozialdemokratische (Zähmungs-)Politik mit den „realen Utopien“ einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Ökonomie zu verbinden.<sup>12</sup> Daraus ergibt sich für uns die Chance, mit neuem Elan als verantwortungsbewusste, zugleich visionäre und konkret gestaltende Kraft in Erscheinung zu treten.

**A-53; SP Dietlikon, SP Stadt Zürich Kreis 10 und Kreis 1&2: Erweiterung um ein Kapitel III: „Aktionsplan“**

Die GL entwirft einen Aktionsplan zur Umsetzung des Papiers. In diesem werden die Aktionsschienen, die dafür Verantwortlichen und das Reporting zu den Aktionen und Fortschritten festgelegt. Dieser Aktionsplan wird der nächsten DV unterbreitet.

**Begründung:** Das Papier Wirtschaftsdemokratie vereint wichtige Vorschläge, die nicht als Papiertigerlein enden dürfen. Deshalb skizziert die GL einen Aktionsplan, mit dem die konkrete Umsetzung in Angriff genommen werden kann und das auch für die politisch Tätigen auf den verschiedenen Ebenen der Partei als Orientierung dienen kann. Zudem werden die erzielten Fortschritte regelmässig erhoben und parteiintern kommuniziert. Mit diesem Umsetzungsplan betont die SP die Bedeutung der Wirtschaftsdemokratie, die ja auch im Parteiprogramm von 2010 enthalten ist. Ohne diesen Aktionsplan macht nach unserer Meinung das Papier wenig Sinn.

**A-54; SP Bern Altstadt-Kirchenfeld: Allgemeiner Antrag**

Nach Verabschiedung durch den Parteitag wird das Positionspapier durch einen Massnahmenplan ergänzt, welcher besonders für die Bereiche Nutzung Pensionskassengelder und Stärkung KonsumentInnenmacht konkrete politische Forderungen der SPS auflistet und priorisiert.

**Begründung:** Das Papier krankt generell an einer gewissen Unbestimmtheit. Insbesondere in jenen Bereichen, wo die Bevölkerung den grössten Hebel auf die Wirtschaft hat (in der Konsumnachfrage und via Pensionskassen auf dem Kapitalmarkt) fehlen Vorschläge, wie die SPS den demokratischen Einfluss konkret stärken will. In dieser Frage muss der Schwerpunkt der auf die Verabschiedung dieses Papiers folgenden Arbeit liegen.

**A-55; Juso: Erweiterung des Papiers um ein Unterkapitel zum Schluss**

**Konkret werden! Die weiteren Schritte hin zu einer demokratischen Wirtschaft.**

Zur Umsetzung der Vision und der Forderungen dieses Positionspapiers verpflichtet sich die SP deshalb zu folgenden Schritten:

- Die SP Schweiz setzt in den kommenden Jahren einen inhaltlichen und kommunikativen Schwerpunkt auf Wirtschaftsdemokratie.
- Die Geschäftsleitung der SP Schweiz erarbeitet dazu innert einem Jahr ein entsprechendes Strategiepapier mit konkreten Kampagnen und Initiativen mit bewegungsorientiertem und mobilisierendem Charakter. Dieses muss in die Oppositionsstrategie aufgenommen und einer Delegiertenversammlung vorgelegt werden.
- Ein wichtiger Teil dieses Strategiepapiers muss die interne Bildung sein: Wirtschaftsdemokratie als Basis unserer Politik und Chance zur Transformation aus der herrschenden Multiplen Krise muss intern einen wichtigen Stellenwert erlangen.
- Die Fraktion der SP Schweiz erarbeitet zu jedem Forderungsblock des Papiers ein Vorstosspaket oder mindestens einen Vorstoss aus und reicht diese bis zum Ende der laufenden Legislatur ein.
- Die kantonalen und kommunalen Fraktionen nehmen die Forderungen des Papiers in ihre Arbeit auf und lancieren koordiniert entsprechende Vorstösse und Initiativen in ihren Parlamenten.
- Internationale Beziehungen stärken: Die SP Schweiz thematisiert innerhalb der europäischen Partei das Transformationspotential der Demokratisierung der Wirtschaft und engagiert sich für eine gemeinsame, transformatorische Perspektive in Europa.

- Dies ist eine langfristige Strategie. Die SP Schweiz zieht an jedem zukünftigen Parteitag Bilanz über den Fortschritt dieser Prozesse.

**Begründung:** Das vorliegende Positionspapier basiert auf dem Parteiprogramm aus dem Jahr 2010. Es ist ein weiterer Schritt in Richtung einer demokratischen Wirtschaft. Jetzt braucht es konkrete Schritte, die rasch umgesetzt werden können sowie eine längerfristige Strategie, wie die aufgestellten Forderungen erreicht werden können. Mit der Formulierung verbindlicher nächster Schritte soll dies garantiert werden, gleichzeitig wird der Geschäftsleitung und den anderen Gremien genügend Spielraum gelassen, um sinnvolle Projekte und Kampagnen zu erarbeiten. Dabei ist die Rolle der Fraktionen entscheidend: Es ist an ihnen, die Verbindung zwischen alltäglicher und visionärer Politik herzustellen und tragen deshalb eine grosse Verantwortung.

**A-56; SP60+: Ergänzung am Schluss**

Nach Verabschiedung dieses Positionspapieres wird die SP entscheiden, wie diese 20 Massnahmen konkret unsere politische Tätigkeit prägen sollen.

**Begründung:** Es ist nicht klar, wie die vielen Massnahmen, wann und von wem angegangen werden müssen.

**A-57; SP Thurgau: Ergänzung zum Papier**

Die Geschäftsleitung erarbeitet nach der Bereinigung und Verabschiedung des Positionspapiers durch den Parteitag eine Kurzfassung mit praktischen Beispielen.

**Begründung:** Einige Abschnitte sind in einer schwer verständlichen Sprache verfasst. Eine Kurzfassung kann die Verständlichkeit des Papiers und damit seine Breitenwirkung steigern und das Papier praktisch für unseren politischen Alltag nutzbar machen.

**Entscheid der Geschäftsleitung:** Modifizierte Annahme A-53 bis A-57

**Begründung:** Es soll mit einem Massnahmen- resp. Aktionsplan aufgezeigt werden, wie die SP das Thema Wirtschaftsdemokratie weiterbearbeitet. Als Grundlage dafür wird A-53 genommen. Was die Schwerpunkte des Massnahmenplans anbelangt, sollen aber vor allem auch die Debatten und weiteren Entscheide am Parteitag selbst abgewartet werden. Auf Schwerpunkte wie Pensionskassen und KonsumentInnenmacht (siehe A-54) wollen wir uns zum jetzigen Zeitpunkt nicht festlegen. Auch die Juso schnürt mit A-55 in verschiedenen Punkten ein zu enges Korsett, was der Handlungsfähigkeit abträglich ist. Die formulierten Anliegen werden im Aktionsplan aber im Rahmen der Möglichkeiten berücksichtigt.

Was A-53 anbelangt, schlägt die GL zwei Änderungen vor. Einerseits soll die Arbeitsgruppe Wirtschaftsdemokratie, die vom Parteipräsidium eigens eingesetzt wurde, um das Thema Wirtschaftsdemokratie zu bearbeiten, explizit einbezogen sein. Es soll dementsprechend heissen, dass die GL „in Zusammenarbeit mit der AG Wirtschaftsdemokratie“ einen Aktionsplan entwirft. Es soll aber auch aufgezeigt werden, wo und wie wir mit Gleichgesinnten (insbesondere auch den Gewerkschaften) zusammenarbeiten. Die zweite Änderung betrifft den Zeitplan. Eine seriöse Erarbeitung eines Aktionsplans dauert einige Monate, dessen Behandlung am 1. April 2017 ist daher unrealistisch. Der Aktionsplan soll aber an einer „DV im Jahr 2017“ unterbreitet werden. Das erlaubt der Parteileitung auch eine grössere Flexibilität.